Seniorenkurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
22. Jahrgang | Nr. 2 / 2017

Anstieg der Armut trotz guter Arbeitsmarktlage

Gedanken zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Von Andreas Aust Referent für Sozialpolitik im Paritätischen Gesamtverband

Am 12. April 2017 stellte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles den Armuts- und Reichtumsbericht der Öffentlichkeit vor. Es ist mittlerweile der fünfte Bericht, seit der Deutsche Bundestag 2001 eine derartige Berichtsverpflichtung beschlossen hatte. Ziel der Berichterstattung ist eine umfassende Bestandsaufnahme von Armut und Reichtum in Deutschland, die als Grundlage dienen soll für eine aktive Politik gegen Armut und soziale Ungleichheit.

Soweit die Theorie. Leider zeigt die reale Entwicklung, dass dieser Effekt bislang nicht eingetreten ist. Es fehlt nicht an weiteren Zahlen und Belegen, dass die soziale Ungleichheit im Deutschland zunimmt. Es fehlt aber seit Jahren der politische Wille, an den Verteilungsverhältnissen etwas zu ändern und Armut nachhaltig zu bekämpfen.

Auch die Entstehungsgeschichte dieses Berichts zeigt, dass bereits die Beauftragung der Bundesregierung mit der Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichts ein Fehler war und ist. Wie schon bei den Vorgängerberichten war auch diesmal offenkundig, dass die Regierung nicht an einer ungeschminkten Darstellung der sozialen Verhältnisse im Land interessiert ist. So wurde im Dezember öffentlich bekannt, dass Aussagen aus Gutachten anscheinend durch das Kanzleramt gestrichen bzw. deutlich relativiert wurden. Das Bundesarbeitsministerium hatte in der Vorbereitung des Berichts ein Gutachten in Auftrag gegeben, welches die Aussage, „Interessen von Reichen werden eher von der Politik aufgegriffen und umgesetzt als die Wünsche von ärmeren Menschen“ erstmals auf einer methodisch kontrollierten Basis belegt hat. Damit sind Grundfragen an die Demokratie gestellt: Wie kann es sein, dass bestimmte Interessen systematisch bevorzugt werden, obwohl doch nach dem demokratischen Grundverständnis alle Menschen als Staatsbürger gleich sind? Die Bundesregierung wollte diesen Befund so nicht im Bericht veröffentlichen.

Die Begründung für das Vorgehen liegt auf der Hand. Die Bundesregierung ist durch ihr Handeln oder auch durch ihr Unterlassen politisch verantwortlich für die Verteilungsverhältnisse im Land. Die

Fortsetzung auf Seite 3

Liebe Vereinsmitglieder, verehrte Leser des „Seniorenkuriers“,

die Bundesregierung hat die Aussage „Interessen von Reichen werden eher von der Politik aufgegriffen und umgesetzt als die Wünsche von ärmeren Menschen“ aus einem Gutachten zum 5. Armuts- und Reichtumsbericht wieder aus dem Bericht gestrichen. Warum wohl? Im Beitrag von Dr. Andreas Aust zum 5. Bericht (nebenstehend und auf den folgenden Seiten des heutigen *Seniorenkuriers*) wird dies deutlich. Eine Studie des Sozialwissenschaftlers Michael Klundt zeigt Ursachen der sich verschärfenden Kinderarmut auf. Der Internationale Währungsfonds (IWF) fordert in seinem Deutschlandbericht höhere Abgaben auf Vermögen in Deutschland. Die hohe Abgabenlast unterer Einkommen wird moniert. Vermögende werden zu gering belastet. In der Resolution des 9. Altenparlaments „Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern“ wird auf die wachsende Altersarmut an Hand konkreter Zahlen und Entwicklungen hingewiesen. Studien und Veröffentlichungen der Bertelsmann-Stiftung, des Sozialverbands VdK oder der AWO unseres Landes in den zurückliegenden Jahren bestätigen diese Entwicklung. Eine Volksinitiative in unserem Land stellt fest: Im Jahr 2015 lebten in Mecklenburg-Vorpommern 49.092 Kinder unter 18 Jahren in Familien, die auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind. Hinzu kommen Kinder und Jugendliche, die in finanzschwachen Familien aufwachsen. Somit lebt jedes vierte Kind in Mecklenburg-Vorpommern in Armut oder in armutsgefährdeten Familien. Wie lange sollen aufgezeigte Tendenzen noch ignoriert werden? Der Armutsforscher Christoph Butterwegge ist sogar der Meinung, dass Armut in Deutschland politisch gefördert wird. Die Gesellschaft brauche die Armut als Abschreckung. So werde die Leistungsgesellschaft zusammengehalten. Ist dem wirklich so?

Bernd Rosenheinrich
Vorsitzender des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	10	**10. Altenparlament im Blickpunkt**
Seite	29	**Aus Landkreisen und Städten**
Seite	38	**Kommunen in der alternden Gesellschaft**

TAG DER OFFENEN TÜR

SAMSTAG, 10. JUNI 2017, 10 – 13 UHR

im Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten

Wir ermöglichen Lebensqualität im Alter durch individuelle Pflege und vielfältige Freizeitaktivitäten. Lernen Sie uns kennen, sprechen Sie mit Bewohnern und Mitarbeitern, erleben Sie Musik & Tanz und genießen Sie unsere hausgemachten Köstlichkeiten.

LEBENSFREUDE BEI VITANAS!

Fürsorglich betreut verbringen ältere Menschen im Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten einen erfüllten Lebensabend.

Hier erhalten sie eine individuelle Pflege und erfreuen sich an den zahlreichen Therapie- und Freizeitangeboten. Ausflüge, Gedächtnistraining, Gartenarbeit, Sturzprophylaxe und wöchentliche Chorproben – den Interessierten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung, um körperlich und geistig aktiv zu sein. Im zertifizierten Wohnbereich für Bewohner mit Demenz gibt ein biographie-orientierter Tagesablauf den Senioren Struktur und Sicherheit. Vertraute Gesichter schaffen eine heimische Atmosphäre.

Für das leibliche Wohl der Bewohner sorgen die Mitarbeiter in der hauseigenen Küche. Die frisch zubereiteten Mahzeiten werden immer wieder gelobt! Machen Sie sich beim Tag der offenen Tür selbst ein Bild. Lassen Sie sich durch das Senioren Centrum führen, bestaunen Sie die Bewohner-Ausstellung von Bildern und handwerklich Gefertigtem oder halten Sie einen gemütlichen Plausch mit den Bewohnern auf der sonnigen Terrasse.

Vitanas Senioren Centrum Am Schlossgarten
Adam-Scharrer-Weg 12 | 19053 Schwerin | ☎ (0385) 51 19 – 0 | www.vitanas.de/amschlossgarten

Fortsetzung von Seite 1

politisch verantwortliche Instanz wird daher immer geneigt sein, die Ergebnisse ihrer Aktivitäten schön zu reden. Der Tenor der Pressemitteilung zum Armuts- und Reichtumsbericht überrascht daher nicht. Hier heißt es: „Der 5. ARB belegt eine insgesamt positive Entwicklung der sozialen Lage in Deutschland: Ökonomische Stabilität und kontinuierliches Wirtschaftswachstum haben zur höchsten Beschäftigtenzahl und niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der deutschen Einheit beigetragen." Der längerfristige Anstieg der Armut und der sozialen Ungleichheit wird dagegen relativiert. Dies zeigt: Nur eine unabhängige Instanz ist in der Lage, ein ungeschminktes Bild der Wirklichkeit zu zeichnen. Daher muss die Zuständigkeit für die Berichterstattung über Armut und Reichtum in Deutschland einer regierungsunabhängigen Instanz übertragen werden.

Wenige Wochen vor der Bundesregierung hat der Paritätische Gesamtverband zusammen mit weiteren Organisationen unter der Überschrift „Menschenwürde ist Menschenrecht" einen Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017 vorgelegt. Der zentrale Befund dieses Berichts lautet: Armut in Deutschland geht trotz der von der Bundesregierung hervorgehobenen günstigen konjunkturellen Entwicklung nicht zurück, sondern steigt. Die so genannte Armutsgefährdungsquote befindet sich sogar auf einem historischen Höchststand. Betroffen sind demnach 2015 15,7 Prozent der Bevölkerung in Deutschland. Rechnerisch entspricht dies rund 12,9 Millionen Menschen, die von Armut betroffen sind. Die Berechnungsmethoden hat sich der Paritätische dabei nicht ausgedacht, sondern sie folgen schlicht den international vereinbarten Konventionen. Die Zahlen entstammen amtlichen Statistiken. Danach gilt als „armutsgefährdet", wer – etwas vereinfacht formuliert – weniger besitzt als 60 Prozent des mittleren Einkommens. Bei einem Single liegt die Schwelle 2015 dann bei 942 Euro und für ein Paar mit zwei kleinen Kindern bei 1.978 Euro. Für den Paritätischen bezeichnen diese Schwellen allerdings keine diffuse Armutsgefährdung, sondern tatsächliche Armut. Der Bericht des Paritätischen macht darüber hinaus mit Bezug auf die verschiedensten betroffenen Gruppen von Alleinerziehenden über Senioren bis hin zu Wohnungslosen deutlich, was Armut in einem reichen Land konkret bedeutet.

Wie gehen die Befunde zusammen? „Deutschland" geht es wirtschaftlich gut, gleichzeitig wächst aber die Armut. Das Wirtschaftswachstum kommt schlicht nicht allen Menschen gleichermaßen zugute. Zunächst einmal: Auch der Armuts- und Reichtumsbericht (im Folgenden: ARB) bestreitet nicht die Aussagen des Paritätischen. Liest man geduldig bis zur letzten Seite, so finden sich im so genannten Indikatorenkapitel die Kernkritiken des Paritätischen bestätigt: Armut steigt kontinuierlich an, die Dauer des Verbleibs in Armut nimmt deutlich zu – wer einmal arm ist, hat reduzierte Chancen, wieder sozial aufzusteigen –, und die Einkommens- und Vermögensverteilung wird in der Tendenz immer ungleicher. Der Prozess der sozialen Spaltung der Gesellschaft ist daher nicht zu bestreiten.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Nach den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe besitzen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über die Hälfte (etwa 52 Prozent) des gesamten Vermögens, während die komplette untere Hälfte über fast gar kein Vermögen (oder Schulden) verfügt. Über genaue Zahlen verfügt die Bundesregierung aber nicht, denn offizielle Zahlen gibt es nicht. Die Angaben beruhen auf wenig verlässlichen Selbstauskünften durch Befragungen. Das DIW hat daher in einer Schätzung ergänzende Informationen verarbeitet und kommt zu dem Ergebnis, dass die obersten 10 Prozent sogar über 63 bis 74 Prozent des Vermögens verfügen. Allein das reichste Prozent verfügt demnach schon über ein Drittel des gesamten Vermögens. Diese Zahlen werden im laufenden Text des Armuts- und Reichtumsberichts sogar vorgetragen (Seite 129ff.). In der öffentlichen Diskussion taucht diese Zahl aber kaum auf.

Die Früchte der guten Konjunktur werden sehr ungleich verteilt. Auch dazu finden sich Belege im ARB, wenn man genau genug hinschaut. Die untersten 40 Prozent der abhängig Beschäftigten bekommen 2015 pro Arbeitsstunde real weniger als vor zehn Jahren – das Wirtschaftswachstum geht an ihnen komplett vorbei (ARB, Seite 60). Erwerbstätigkeit hilft zwar grundsätzlich, Armut zu vermeiden. Gleichzeitig stimmt diese Aussage für eine zunehmende Anzahl von Menschen nicht mehr: Sie bleiben arm trotz Arbeit. Der Anteil dieser arbeitenden Armen liegt nach dem Bericht nunmehr bei fast 10 Prozent der Erwerbstätigen (2014: 9,2; 1995: noch 6,6 Prozent – vgl. ARB, S. 559). Der Sozialstaat verliert zudem generell seine Fähigkeit, durch die steuer- und sozialpolitische Umverteilung vor Armut zu schützen (ARB, S. 555).

Wie sieht in diesem Zusammenhang speziell die Lage der Seniorinnen und Senioren aus? Die Bundesregierung beschreibt die Lage wie folgt: „Den maßgeblichen Kennziffern zufolge stellt Armut im Alter heutzutage für die große Mehrheit der Senioren kein drängendes Problem dar. Weder die Armutsrisikoquote noch die amtlich registrierte Bedürftigkeit sind im Vergleich zu anderen Altersgruppen auffällig" (ARB, S. 110). Mit dieser Beschreibung werden die realen Probleme der Altersarmut relativiert und verharmlost. Bereits heute ist aber offenkundig, dass Altersarmut ein wachsendes und kein zu vernachlässigendes Problem darstellt. Die Armutsquote von über 65-Jährigen lag nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2015 mit 15,9 Prozent bereits über dem Durchschnitt aller Gruppen, 2005 lag die Quote noch bei 10,7 Prozent. Die Bundesregierung meint trotzdem, Altersarmut gäbe es nicht in nennenswertem Umfang, weil nur relativ wenige Ältere Grundsicherung im Alter beziehen.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Doch auch hier ergibt der Blick auf die Dynamik in der Grundsicherung ein anderes Bild. Von 257.734 Beziehenden der Grundsicherung im Alter im Jahr 2003 stieg die Zahl der Beziehenden bis 2015 auf 535.925 – eine Verdoppelung! Dabei ist zugleich zu bedenken, dass viele Menschen im Alter trotz Hilfebedürftigkeit keine Grundsicherung beziehen. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu zwei Drittel der Berechtigten keinen Antrag auf Grundsicherung stellen.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung der Altersarmut in den ostdeutschen Bundesländern. Hier stieg die Armutsquote bei den Älteren besonders deutlich an. Innerhalb von etwas mehr als zehn Jahren (2002 bis 2014) ist hier die Armutsquote der 65- bis 75-Jährigen um acht Prozentpunkte auf zuletzt 15 Prozent angestiegen (DIW-Wochenbericht 4/2017, S. 68) – eine Entwicklung, über die im Bericht geschwiegen wird. Der Armuts- und Reichtumsbericht zeigt dagegen, dass nicht nur die relative Einkommensposition vieler Älterer schlechter wird. Vielmehr ist bei ostdeutschen Männern sogar ein deutlicher Trend zu niedrigeren Renten zu erkennen. Bei den Neuzugängen in die Rente liegen die Ansprüche bei fast 60 Prozent unterhalb von 1.000 Euro (ARB, S. 429) – im Vergleich: Bei allen Rentnern im Bestand ist der Anteil noch bei 38 Prozent. Die jüngeren Jahrgänge haben damit geringere Leistungsansprüche. Die sinkenden Renten sind in den ostdeutschen Bundesländern dabei besonders gravierend, weil sie niedrige Altersrenten nicht anderweitig kompensieren können. Alternative Einkommen wie Riester- oder Betriebsrente, Zinsen oder Mieteinnahmen sind in Ostdeutschland deutlich seltener als in den westdeutschen Bundesländern.

In dem Anstieg der Armut spiegeln sich sowohl die politische Beförderung von Niedriglohnbeschäftigung als auch der Sozialabbau der letzten Jahre und Jahrzehnte. Strukturprägend sind hier insbesondere die Reformen im Rahmen der Agenda 2010: Förderung von Leiharbeit und Mini-Jobs, Absenken des Rentenniveaus durch verschiedene Rentenreformen, Einführung von Hartz IV mit nicht armutsvermeidenden Leistungen, Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre usw. Diese strukturverändernden Reformen des sozialen Sicherungssystems wirken bis heute fort. Der Niveauverlust der Rente ist beispielsweise systematisch in die Rentenformel eingeschrieben und wirkt sich daher dauerhaft aus (die Rentenanpassungen der beiden vergangenen Jahre sind hier erfreuliche Ausnahmen von der Regel). Die betroffenen Menschen wissen das: Zwei von drei im Kontext der Armutsberichterstattung befragte Personen geben ein hohes oder sehr hohes Risiko an, zukünftig von Armut bedroht zu sein (ARB, S. 438).

Im Bericht finden sich kaum konkrete Vorschläge, die geeignet wären, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen. Dabei hat die Bundesregierung sich auch schon in der Vergangenheit international verpflichtet, Armut zu bekämpfen. So hat die Bundesregierung auf EU-Ebene die Europa-2020-Strategie mit verabschiedet, die sich als Ziel gesetzt, hat bis 2020 20 Millionen Menschen in der EU aus der Armut zu holen. Auch im Rahmen der UN hat sich die Bundesregierung auf die Einhaltung so genannter Nachhaltigkeitsziele bis 2030 verpflichtet. Dazu zählt u. a. die Verpflichtung, die Anzahl der Menschen in Armut bis 2030 mindestens zu halbieren (Ziel 1).

Die tatsächliche Entwicklung geht leider in eine andere Richtung. Der Paritätische fordert deshalb ein Gesamtkonzept gegen Armut und Ausgrenzung, für sozialen Zusammenhalt. „Die Bundesregierung ist aufgefordert, verbindliche Ziele und Maßnahmen zum Abbau von Armut und sozialer Ungleichheit zu formulieren. Stückwerkpolitik hilft nicht", betont der Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. Bislang ist ein solches Konzept nicht zu erkennen. Es ist daher zu befürchten, dass auch der 5. Armuts- und Reichtumsbericht politisch folgenlos bleiben wird. ■

Erfahrungen der Älteren einbeziehen und nutzen

Politische Forderungen der Landesseniorenvertretungen

Vorbemerkungen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e.V. (BAG LSV) ist die Interessenvertretung aller älteren Menschen (über 22 Millionen) in der Bundesrepublik. Der Grundgedanke der Interessenvertretung ist immer die Mitbestimmung und Mitgestaltung, das heißt: Menschen, die von gesellschaftlichen oder anderen Entscheidungen betroffen sind, ist die Gelegenheit der Mitsprache und der Beteiligung an Entscheidungen zu geben. Dazu gehören aber auch die Kontrolle der demokratisch getroffenen Entscheidungen und die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben. Dies dient dem sozialen Frieden.

Der hohe Anteil der über 60-Jährigen an der PEGIDA-Bewegung sollte Anlass sein, diese Problematik stärker zu beachten. Darüber hinaus darf die wirksame Interessenvertretung der älteren Menschen nicht nur vom persönlichen Engagement von Amtsträgern abhängig sein. Die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung erfordert die Einbeziehung und Aktivierung aller Alters- und Bevölkerungsgruppen, um die anstehenden Ziele der Bundesentwicklung gemeinsam zu erreichen.

Die Bevölkerungsgruppe Ältere verfügt über große Lebens- und Arbeitserfahrungen, die sie in diesen Entwicklungsprozess einbringen kann und will, wenn die dazu erforderlichen Strukturen für die Vertretung und Beratung sowie erforderliche Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden.
Ältere Menschen sehen sich in der Verantwortung, etwas Sinnvolles für die Gesellschaft zu tun, eigenes Wissen weiterzugeben und die Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Dazu haben sich in der Bundesrepublik Landesseniorenvertretungen als unabhängige, ehrenamtliche Gremien gebildet, die das Ziel haben, die aktive Mitgestaltung und die gesellschaftliche Teilhabe der älteren Bürgerinnen und Bürger zu stärken und zu sichern. Sie stellen Verbindungen zu verantwortlichen Stellen her und sind in die Prozesse und Entscheidungen des Bundes einzubinden.
Wie wollen wir morgen leben und was können wir dafür tun? Diese Fragen beschäftigen nicht nur junge Menschen, sondern auch die älteren. Wir sehen uns in der Mitverantwortung für künftige Generationen und spielen eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Gesellschaft.
Gemeinsam und besonders durch Ältere sind folgende politische Ziele in der gesellschaftlichen Entwicklung auf allen Ebenen umzusetzen:

1. Gesetz zur Stärkung der Mitwirkung und Mitgestaltung der Älteren am gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland

Verabschiedung eines „Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkung und Mitgestaltung der Älteren am gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland", das die verpflichtende Verantwortung in der Bundesrepublik festschreibt.
Mit der quantitativen Zunahme der Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen (BRD an zweiter Stelle in Europa) gehen wesentliche qualitative Änderungen unserer Gesellschaft einher. Nicht nur, dass die Verweildauer in diesem letzten Lebensabschnitt die der anderen Lebensabschnitte beträchtlich übertrifft, auch die Varianz der geistigen und körperlichen Befindlichkeiten ist in der Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen am größten. Gerade diejenigen, die nach den Kleinkindern unsere größte Fürsorge brauchen, müssen durch eine wirksame Interessenvertretung geschützt werden.
Zur Wirksamkeit von Seniorenvertretungen gehört auch zwingend die demokratische Legitimation, die in der jetzigen Form von Interessenvertretung in Deutschland nicht gegeben ist. (Vorbild z. B. Österreich.)

2. Rentensicherung

Vielfältige Gründe, wie z. B. unterbrochene Erwerbs- und Familienbiografien sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse, werden, wenn nicht gegengesteuert wird, dazu führen, dass zahlreiche Menschen in Zukunft eine Rente unterhalb des Grundsicherungsniveaus erhalten und damit von Altersarmut bedroht sein werden.
Eine Stabilisierung des Niveaus der Sozialversicherungsrente auf dem derzeitigen Stand oder eine Erhöhung des derzeitigen Niveaus sind unerlässlich. Wie sehen die Überlegungen Ihrer Partei für eine Rentenreform aus? Wie verhalten Sie sich z. B. zum Thema Mindestrente?
Werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Leistungen bei Erwerbsminderungsrenten verbessert werden und dass künftig keine Rentenabschläge erfolgen?
Werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass alle Arbeitgeber betriebliche Altersvorsorgesysteme einführen?
Wie wollen Sie die Arbeitsmarktpolitik gestalten, die Älteren die Chance einräumt, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse einzusetzen sowie flexibel und selbstbestimmt in den Ruhestand einzutreten?

3. Reduzierung der Altersarmut und Altersdiskriminierung

Bekämpfung der Armut, die auch bei Älteren infolge fehlender Grundsicherung bei nicht ausreichender Altersversorgung immer größer wird.
Im Rahmen der Seniorenpolitik soll der Bund sich dafür einsetzen, dass die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen unabhängig von deren finanzieller Situation möglich ist. Die Maßnahmen auf Bundesebene sollten dabei sowohl präventiven als auch integrativen Charakter besonders in den Bereichen der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik haben.
Eine stabile Grundsicherung ist eine Maßnahme gegen die Altersarmut!
Einhaltung und Sicherung der Menschenrechte und Antidiskriminierung (insbesondere Ältere und Frauen) für alle Menschen entsprechend den dafür ratifizierten Konventionen, einschließlich der Flüchtlingskonvention.
Altersdiskriminierung zu beenden und die Menschenrechte älterer Personen zu schützen, ist eine ethische und praktische Notwendigkeit. Welche möglichen Lösungen können Sie vorschlagen, um die noch immer weit verbreitete Altersdiskriminierung, z. B. Verwehrung von Krediten, insbesondere nach dem neuen § 505 b, BGB, zu beenden?

4. Wohnen, Bau und Verkehr

Sicherung eines selbstbestimmten Lebens für alle Menschen in Würde durch entsprechende Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen, z. B. betreutes generationsübergreifendes Wohnen statt Separierung in Pflegeheimen sowie die Sicherung einer hohen Mobilität und Barrierefreiheit durch verbesserte Verkehrskonzepte, bauliche und technische Maßnahmen sowie verbesserte verständliche Kommunikationsformen für alle Menschen mit besonderen Bedarfen und eingeschränkter Mobilität. Welchen Beitrag kann Ihre Partei aus Ihrer Sicht leisten, um Maßnahmen zum barrierefreien Wohnungsbau und zur Gestaltung eines barrierefreien Wohnumfelds zu fördern sowie soziale und kulturelle Begegnungsorte zu erhalten, die eine aktive gesellschaftliche Teilhabe im Alter ermöglichen?
Seit Jahren wird über bezahlbaren Wohnraum gesprochen und nicht nur

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

von den Wohlfahrtsverbänden gefordert. Welche Fördermöglichkeiten sieht Ihre Partei und welche Instrumente stellen Sie für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung?
Die KfW-Bank fördert Umbaumaßnahmen für altersgerechte Wohnungen durch Zuschüsse und zinsgünstige Kredite, die aber stets sehr schnell ausgeschöpft sind. Wie steht Ihre Partei zu einer Erhöhung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel?

5. Gesundheit und Pflege

Gesundheit und Pflege sind Bausteine für den Erhalt der Selbständigkeit und Lebensqualität im Alter. Präventive, mobile, ambulante und stationäre Angebote sollen bedarfsgerecht in guter Qualität, einschließlich der sozialen Zuwendung und Betreuung, genutzt werden können. Was wollen Sie konkret auf Bundesebene tun, dass ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können?
Die Krankenkassenbeiträge der Arbeitnehmer steigen stetig, die der Arbeitgeber sind eingefroren worden. Der Ruf nach paritätischen Krankenkassenbeiträgen wird immer lauter. Wie steht Ihre Partei dazu?
In Deutschland gibt es schon seit längerem personellen Bedarf in der Pflege, und diese Situation wird sich noch zuspitzen. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um dem Pflegenotstand zu begegnen und den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten?
Pflege- und Alteneinrichtungen sind ein unverzichtbarer Bestandteil in der Pflegeversorgung. Sie sind aber sehr unterschiedlich aufgestellt, vor allem zwischen den Bundesländern. Was werden Sie unternehmen, damit bundesweit einheitliche Standards bei der finanziellen und personellen Ausstattung festgelegt werden?
Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass Landesunterschiede aufgehoben werden?

6. Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen stärken

Das bürgerschaftliche Engagement ist notwendig für den Zusammenhalt der Gesellschaft und sinngebend für die Einzelne und den Einzelnen. Dieser sollte sich hierbei als Unterstützer verstehen und sich der Verantwortung für die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen nicht entziehen. Dabei steht die Ermutigung zur Teilhabe gerade älterer Menschen, deren Erfahrungswissen von unschätzbarem Wert für das Land ist, im Vordergrund.
Überarbeitung der Rahmenbedingungen durch den Unterausschuss Ehrenamt im Bundestag. Welche Möglichkeit sehen Sie bei der Forderung nach einer einheitlichen Gestaltung der Erstattung der Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit als Pflichterstattung? ■

Ergänzung der Wahlprüfsteine durch den Landesseniorenbeirat M-V

Pflege

Mit dem auf Bundesebene angedachten Pflegeberufsgesetz soll längst überfällig das Schulgeld abgeschafft und für die kostenfreie berufliche Ausbildung eine angemessene Ausbildungsvergütung bezahlt werden. Mit der Reform der Pflegeausbildung soll der Pflegeberuf aufgewertet werden und damit zusätzliche Fachkräfte gewonnen werden können. Nicht mehr zeitgemäß ist der im Osten nach wie vor niedrigere Mindestlohn für Pflegekräfte, außer man will weiter die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte in die westlichen Bundesländer zum Nachteil für die zu Pflegenden im Osten befördern.
Annähernd drei Viertel aller Pflegebedürftigen werden zu Haus durch Angehörige gepflegt. Aufgaben, die in Pflegeeinrichtungen von ausgebildeten Fachkräften erledigt werden, müssen meist von berufstätigen Angehörigen zusätzlich geleistet werden. Hier ist mehr Unterstützung für pflegende Angehörige geboten. Beratung, Information und Schulung sowie der Ausbau der im Gesetz vorgesehenen Entlastungsangebote sind erforderlich. Für berufstätige pflegende Angehörige sollte analog zum Elterngeld eine Lohnersatzleistung eingeführt werden.
Im Gegensatz zu mit Fördermitteln errichteten Pflegeheimen müssen Bewohner durch ausschließlich private Investitionen errichtete Pflegeheime einen Investitionskostenanteil am Heimentgelt selbst tragen. Um ungerechtfertigte unterschiedliche und von ihnen nicht beeinflussbare Belastungen von Heimbewohnern zu vermeiden, ist der Investitionskostenanteil durch ein Pflegewohngeld auszugleichen. Pflegewohngeld ist ein bewohnerorientierter Zuschuss zur Finanzierung der betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen vollstationärer Dauerpflegeeinrichtungen. Anspruch haben Personen, die erheblich pflegebedürftig sind, d. h. eine Pflegestufe haben.
Um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, muss der geriatrischen Rehabilitation mehr Beachtung geschenkt werden. Vorrang vor Pflege müssen geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der Alltagskompetenz haben.
Zur Vertretung der Interessen der Pflegeheimbewohner sind unabhängige Heimbeiräte zu wählen. Diese Heimbeiräte setzen sich aus Heimbewohnern, Angehörigen von Heimbewohnern, Vertretern von kommunalen Seniorenbeiräten, Sozialverbänden und Kirchen zusammen. Die Kosten einer unabhängigen Schulung der Mitglieder der Beiräte trägt der Betreiber der Einrichtung.

Rente

Um Altersarmut zu vermeiden, ist die gesetzliche Rente zu stärken. Dazu ge-

hören:
Die systematische Absenkung des Rentenniveaus von gegenwärtig 48,1 auf 43 Prozent bis 2030 ist zu stoppen und die Rentenanpassungsformel entsprechen zu modifizieren.
Es ist eine Rückabwicklung der Riesterrente und die Überführung der Riesterförderung in die gesetzliche Rentenversicherung zu veranlassen.
Es ist eine armutsfeste Grundsicherung und existenzsichernde Mindestrente zu garantieren.
Der Rentenwert Ost wird vom 1. Juli 2018 bis zum 1. Juli 2024 in sieben Schritten auf Westniveau angehoben. Aktuell beträgt er 28,66 Euro – 94,1 Prozent des Rentenwertes West. 2009 versprach die Kanzlerin auf dem Seniorentag in Leipzig die Angleichung bis 2011. Dies fand auch im folgenden Koalitionsvertrag der CDU und FDP seinen Niederschlag. Aktivitäten zur Einlösung dieses Versprechens gab es nicht. Im aktuellen Koalitionsvertrag der Regierungsparteien sollte nach Prüfung zum 1. Juli 2016 mit einer eventuellen Teilangleichung ab 2017 dreißig Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands die vollständige Angleichung erfolgen. Mit dem jetzt vorgelegten Fahrplan sind wir bereits im 35. Jahr der Herstellung der deutschen Einheit angekommen. Wer 1990 in Rente gegangen ist, müsste 100 Jahre alt werden, um die Rentenangleichung zu erleben. Diese beabsichtigte biologische Lösung ist so nicht hinnehmbar. Wir erwarten von Vertretern einer Bundesregierung, dass sie ihre Versprechen auch einhalten.

Energiewende

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sind die Kosten fair zu verteilen und von allen Bundesbürgern in gleichem Maße zu tragen. Gegenwärtig tragen die östlichen Bundesländer und hier insbesondere Mecklenburg-Vorpommern, und damit die Verbraucher dieser Länder, den höchsten Anteil an den Netzausbaukosten der zentralen Netze. Hier erwarten wir endlich eine gerechte Umlage der Kosten auf alle Bundesbürger.

Gesetzliche Krankenversicherung

In der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist die Beitragsparität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wieder herzustellen. In den nächsten drei Jahren werden Zusatzbeiträge von 1,8 bis 2,0 Prozent erwartet. Gegenwärtig und auch künftig werden damit steigende Kosten der Leistungen der Krankenkassen ausschließlich über steigende Zusatzbeiträge der Arbeitnehmer finanziert. Prognosen rechnen mit einer Verdopplung der Zusatzbeiträge bis 2021. Es ist höchste Zeit, dass Arbeitgeber wieder den gleichen Anteil an den Kassenbeiträgen zahlen.
Der Zahnersatz für Erwachsene gehört wieder zurück als Leistung in die GKV, indem die Regelversorgung an den gegenwärtigen medizinischen Standard angepasst wird. Schlechte Zähne sind ein Risikofaktor für Herz- und Kreislauferkrankungen und Diabetes. Aus finanziellen Gründen gehen viele nicht regelmäßig zum Zahnarzt. Wegen hoher privater Zahnersatzkosten verzichten viele Ältere mit kleiner Rente aus Kostengründen auf notwendige Behandlungen.

Barrierefreiheit

Der Barrierefreiheit ist wesentlich mehr Beachtung zu schenken. Neben barrierefreien Wohnungen mit bezahlbaren Mieten ist der Barrierefreiheit im Wohnumfeld, im ÖPNV, im Handel, bei Arztpraxen und Behörden usw. wesentlich mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Dazu sind eindeutige gesetzliche Vorgaben erforderlich, die grundsätzlich Barrierefreiheit in unserem gesamten Lebensumfeld sichern. ■

Nicht zu Lasten der Generationen

Mitglieder der BAGSO stellen den Parteien 35 konkrete Fragen

Zum Tag der älteren Generation, der jeweils am ersten Mittwoch im April begangen wird, veröffentlichte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) ihre Wahlprüfsteine. Sie wurden gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der 113 Mitgliedsorganisationen erarbeitet. 35 Fragen werden den Parteien gestellt. Beispielsweise geht es darum,

- wie die gesundheitliche und pflegerische Versorgung auch in strukturschwachen ländlichen Gebieten und in benachteiligten Stadtteilen sichergestellt werden kann,
- mit welchen Maßnahmen Kommunen unterstützt werden können, barrierefreie Quartiere mit einer fußläufig erreichbaren Nahversorgung (Ärzte, Apotheken, Lebensmittelgeschäfte, Banken usw.) zu schaffen und zu erhalten, und
- wie eine spezifische Förderung des Engagements älterer Menschen sowie deren Einbindung in Entscheidungsprozesse stärker berücksichtigt werden kann.

Der BAGSO-Vorsitzende und ehemalige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering betont die Überparteilichkeit der BAGSO, vor allem aber auch den gesamtgesellschaftlichen Blick der Seniorenorganisationen: „Wir wissen und beachten: Die Bildungs-, Berufs- und Entwicklungschancen, die die Generationen unserer Kinder und Enkelkinder erhalten, entscheiden wesentlich über die Zukunft unseres Landes. Demografische Entwicklungen, wie wir sie jetzt und – schon absehbar – auch in den kommenden Jahrzehnten erleben, können nur gemeinsam und dürfen nicht zu Lasten der einen oder anderen Generation gestaltet werden.“ Die Wahlprüfsteine sind unter www.bagso.de zu finden. ■

„Soziale Spaltung ist unerträglich!“

Bündnis „Reichtum umverteilen“ stellt Forderungen zur Bundestagswahl vor

Das Bündnis „Reichtum umverteilen“ startete zum Bundestagswahlkampf die Kampagne „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“. Dazu haben sich 30 Organisationen, von Gewerkschaften über Wohlfahrts- und Jugendverbände bis zu Migranten- und Umweltorganisationen, zusammengeschlossen. Gefordert werden die stärkere Besteuerung finanzstarker Unternehmen sowie großer Vermögen, Einkommen und Erbschaften.

Für die Volkssolidarität – sie hatte als Mitglied im Trägerkreis des Bündnisses im Januar einen gemeinsamen Aufruf und den darin aufgestellten Fünf-Punkte-Katalog zur Verringerung sozialer Ungleichheit unterzeichnet – hebt deren Präsident Wolfram Friedersdorff hervor: „Die Politik der Umverteilung von oben nach unten muss endlich beendet werden. Das jahrelange Sparen am Sozialstaat hat die Strukturen sozialer Ungleichheit verschärft und verfestigt.“

„Die soziale Spaltung hat ein Ausmaß angenommen, das unerträglich ist“, betont Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Seit Jahrzehnten nähmen weltweit und in Deutschland soziale Ungleichheit, Unsicherheit und Ungerechtigkeit zu. Zentraler Schlüssel für eine gerechtere und bessere Politik für alle sei eine steuerpolitische Kehrtwende. Deshalb müssten Millionäre und Milliardäre stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden.

Dem enormen privaten Reichtum stehe eine massive öffentliche Armut gegenüber, die in immer mehr Kommunen deutlich sichtbar werde, hebt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, hervor. „Deutschland fährt auf Verschleiß. Aus finanzieller Not werden vielerorts Ausgaben für Kultur, Soziales und Bildung über die Schmerzgrenze hinaus zusammengestrichen. Eine solidarische Steuer- und Finanzpolitik ist letztlich die Nagelprobe und der Glaubwürdigkeitstest für jeden, der mit dem Versprechen eines guten Sozialstaats und mehr sozialer Gerechtigkeit antritt.“

„Die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft zeigt sich auch auf den Wohnungsmärkten. Wir brauchen dauerhaft preisgebundene Sozialwohnungen – mindestens 80.000 zusätzlich im Jahr –, daneben ein bedarfsgerechtes Wohngeld sowie die Übernahme tatsächlich angemessener Wohnkosten bei den Regelsätzen in Hartz IV. Reichtum umverteilen heißt, Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen trockenlegen“, so Ulrich Ropertz, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes.

Die ungleiche Vermögensverteilung gehe weltweit einher mit ungleichen Machtverhältnissen und sei damit auch in Deutschland eine ernst zu nehmende Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, warnt das Bündnis. Barbara Eschen, Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz und Direktorin der Diakonie Berlin-Brandenburg, unterstreicht: „Deutschland ist ein reiches Land. Umso skandalöser ist es, dass so viele Menschen in Deutschland abgehängt sind, weil sie arm sind. Der Reichtum in Deutschland muss umverteilt werden. Und es muss endlich Schluss damit sein, verschiedene Gruppen von Bedürftigen gegeneinander auszuspielen.“

Bestärkt in seinen Forderungen sieht sich das Aktionsbündnis auch durch den aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in dem diese selbst vor einer zu starken Spaltung der Gesellschaft warnt und einräumt, dass Beschäftigte ihre Anstrengungen vielfach als nicht ausreichend respektiert empfänden, Langzeitarbeitslose nicht proportional vom deutschen Job-Boom profitierten und der Dienstleistungsbereich bei den Lohnsteigerungen hinterherhinke.

Es gibt noch etliche Baustellen

VdK fordert eindeutiges Signal für einen Kurswechsel in der Sozialpolitik

„Soziale Spaltung stoppen!“ – das ist das Motto der VdK-Aktion zur Bundestagswahl, denn trotz der großen Wirtschaftskraft wächst die soziale Kluft in Deutschland immer weiter. Seit der letzten Bundestagswahl konnten auch dank des Sozialverbands VdK einige wichtige sozialpolitische Weichen gestellt werden: von der Anhebung der Mütterrente über Fortschritte bei der Erwerbsminderungsrente, in der Krankenversicherung und Pflege bis zum Mindestlohn. „Trotzdem gibt es noch etliche Baustellen“, betont Ulrike Mascher, die Präsidentin des Sozialverbands. Daher sei das Motto „Soziale Spaltung stoppen!“ ein Signal für einen Kurswechsel in der Sozialpolitik.

Rente

20,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner leben in Deutschland. 5,7 Millionen Menschen über 55 Jahre sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Die gesetzliche Rente muss Altersarmut verhindern und zukunftssicher gemacht werden. Davon profitieren auch künftige Generationen von Rentnerinnen und Rentnern. Wir fordern:

• Talfahrt des Rentenniveaus bei 48 Prozent stoppen • Erwerbsminderung darf nicht zur Armutsfalle werden • Freibetrag für Grundsicherungsbezieher einführen • Rente für Geringverdiener erhö-

hen • Mütterrenten vollständig angleichen • Selbstständige in die Rentenversicherung einbeziehen

Gesundheit

Rund 27 Millionen Menschen in Deutschland leiden an einer oder mehreren chronischen Erkrankungen. Gesundheit muss für alle bezahlbar bleiben. Der Erhalt der Gesundheit darf nicht von der Größe des Geldbeutels abhängig sein. Wir fordern:
• Versicherte entlasten • Kosten für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel übernehmen • Abkassieren bei Hilfsmitteln beenden • Zahnersatz bezahlbar machen • Integrierte Versorgung schaffen • „Reha vor Pflege" endlich verwirklichen

Pflege

Knapp 2,9 Millionen Menschen sind pflegebedürftig. Annähernd drei Viertel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, 1,38 Millionen allein durch Angehörige. Es gilt auch nach den eingeleiteten Reformen, für Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und das Pflegepersonal Nachbesserungen durchzusetzen. Wir fordern:
• Pflegeleistungen anpassen • Pflegende Angehörige besser unterstützen • Wohnen zu Hause im Alter bezahlbar machen • Rückgriff auf Kinder einschränken • Pflegeberufe durch bessere Bezahlung und mehr Wertschätzung attraktiver machen • Pflegeversicherung bedarfsorientiert finanzieren

Behinderung

Über zehn Millionen behinderte Menschen leben in Deutschland, rund 7,6 Millionen davon mit einer Schwerbehinderung. Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet Deutschland, das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung umzusetzen. Wir fordern:
• Barrierefreiheit ohne Ausnahmen • Arbeitgeber in die Verantwortung nehmen • Gemeinsames Lernen voranbringen • Behinderung darf nicht arm machen

Armut

Über 18 Millionen Menschen sind in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Rund sechs Millionen Menschen beziehen Arbeitslosengeld II. 7,65 Millionen Menschen verdienen weniger als zehn Euro in der Stunde. Armut ist ein wachsendes Problem in Deutschland. Besonders betroffen sind Kinder, ältere, alleinerziehende und langzeitarbeitslose Menschen. Wir fordern:
• Minijobs sowie Leih- und Zeitarbeit eindämmen • Mindestlohn deutlich anheben • Arbeitsmarktchancen von Langzeitarbeitslosen verbessern • Regelsatz bei Grundsicherung im Alter neu berechnen • Regelsatz für Kinder erhöhen • Mieten müssen bezahlbar werden

Finanzierung

Die oberen zehn Prozent der deutschen Bevölkerung besitzen mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens. Die ärmsten 50 Prozent besitzen gerade mal ein Prozent des Gesamtvermögens. Um eine soziale Balance zu schaffen, sind gezielte Investitionen für die ärmere Hälfte der Bevölkerung notwendig. Finanzierbar ist dies durch eine gerechtere Steuerpolitik. Wir fordern:
• Spitzensteuersatz für Spitzenverdiener anheben • Börsenumsatzsteuer und Vermögensteuer in zeitgemäßer Form wieder einführen • Steuersätze für große Schenkungen und Erbschaften deutlich anheben • Pauschale Abgeltungssteuer bei Kapitalerträgen abschaffen • Steuerflucht und Steuerhinterziehung verhindern ■

Soziale Spaltung stoppen!

VdK-Mitglied Siegfried Schwinn kommentiert die Forderungen des Sozialverbands

Soziale Gerechtigkeit ist das wichtigste Ziel zur Bundestagswahl 2017. Mit seiner Aktion, „Soziale Spaltung stoppen" fordert der Sozialverband VdK nachhaltige Reformen. In einem Forderungskatalog stellt er die Grundposition zu den Themen Rente, Gesundheit, Pflege, Behinderung und Armut dar. Hinter dieser Forderung stehen über 1,8 Millionen Mitglieder. Bei allem Jubel über den deutschen Wirtschaftsboom dürfen wir nicht vergessen, dass immer mehr Menschen den Anschluss zu verlieren drohen, so Ulrike Mascher, die Präsidentin von Deutschlands erfolgreichstem Sozialverband. Die Mittelschicht schrumpft, die Einkommen und Vermögen der Reichsten wachsen weiter, während Rentner und viele Arbeitnehmer immer mehr abgehängt werden. „Umverteilung durch gerechte Steuerpolitik würde notwendige Investitionen ermöglichen, die in der Gesellschaft mehr Chancen für Benachteiligte eröffnen. Dafür setzt sich der VdK ein und erhält sehr viel Zustimmung aus ganz Deutschland. Er hat damit regelrecht den Nerv getroffen. Der VdK lässt im Kampf für soziale Gerechtigkeit nicht nach und verteidigt den Sozialstaat, weil eine wachsende soziale Kluft die Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft bedroht. Ein Schweriner VdK-Mitglied schreibt dazu per E-Mail: „Diese Aktion zur Bundestagswahl ist ganz großartig. Sie bringt auf den Punkt, was im Argen liegt und was die Ursache dafür ist: Reiche werden von der Politik immer reicher gemacht auf Kosten der Armen, die immer ärmer werden. Und die Forderungen setzen genau da an. Weiter so!"
Die Bürgerinnen und Bürger nehmen die Schieflage wahr. Hohe Einnahmen wie noch nie werden nicht für effektive, armutsvermeidende Maßnahmen verwendet. Viele Parteien, die derzeit das Thema „Soziale Gerechtigkeit" auch für sich entdeckt haben, diskutieren ebenfalls über die VdK-Kernthemen Rente, Gesundheit, Pflege, Behinderung und Armut. Das begrüßen wir! ■

Drei Leitanträge für das 10. Altenparlament

Organisationskomitee konstituierte sich – Vorsitzender wurde Bernd Rosenheinrich

Konstituierung des Organisationskomitees für das 10. Altenparlament

Das Organisationskomitee mit der Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke (rechts)

Fotos: Anett Müller

Das Organisationskomitee des 10. Altenparlaments hat sich konstituiert. Die Vizepräsidentin des Landtags Dr. Mignon Schwenke würdigte in ihren einführenden Worten die Arbeit der Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern. Bereits im Rahmen des 9. Altenparlaments sei das zehnte vereinbart worden. Um es ausrichten zu können, sei die Arbeit des Organisationskomitees von entscheidender Bedeutung. Sie gehe davon aus, dass der Landesseniorenbeirat Organisator der Veranstaltung sei und die Landtagsverwaltung die Durchführung mit der bisherigen Intensität unterstütze. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider wird die Schirmherrschaft übernehmen.

Zwar würden die Mitglieder des Organisationskomitees die inhaltlichen Schwerpunkte des 10. Altenparlaments festlegen, als Landespolitikerin bitte sie aber darum, dass man sich nicht nur mit spezifischen Problemen älterer Menschen und Mitbürger befasse, sondern auch mit gesamtgesellschaftlichen Themenbereichen, die auch auf Landesebene umsetzbar seien. Nur so sei es möglich, die Landespolitik an der Umsetzung der Forderungen zu messen. Im Rahmen des 9. Altenparlaments sei dies gut gelungen.

Das Organisationskomitee wählte einstimmig Bernd Rosenheinrich zum Leiter des Organisationskomitees. Stellvertreter wurden einstimmig Brigitte Seifert vom Landesseniorenbeirat und Martin Birkholz von den liberalen Senioren der FDP. Das Komitee wird drei Leitanträge erarbeiten. Themenvorschläge konnten im Vorfeld durch Vereine und Verbände bzw. auch durch Einzelpersonen vorgeschlagen werden. Leitantrag 1 soll sich mit dem Thema „Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – Entwicklung des ländlichen Raums“ befassen. Leiter wird Friedbert Grams von der Volkssolidarität, seine Stellvertreterin Brigitte Seifert. Leitantrag 2 befasst sich mit dem Thema „Prävention – Sport und Gesundheit“, Leiterin: Silvia Gerhards von der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Stellvertreterin: Ute Kampschulte von der LAG Seniorenpolitik DIE LINKE. Leitantrag 3 hat das Thema: „Erhöhung der Medienkompetenz Älterer“; Leiter: Michael Schmidt von der AG 60 Plus der SPD; Stellvertreter: Martin Birkholz. Gegebenenfalls soll zum Thema „Pflege im Alter“ eine Resolution für das 10. Altenparlament vorbereitet werden.

Die Arbeitskreisleiter können weitere sachkundige Personen für die Arbeit in ihrem jeweiligen Arbeitskreis gewinnen. Der Delegiertenschlüssel zum 10. Altenparlament soll im Rahmen der nächsten Sitzung festgelegt werden. Einen eingegangenen Antrag zur Umbenennung des Altenparlaments in Seniorenparlament lehnte das Organisationskomitee einstimmig ab. Das Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern habe bundesweit unter diesem Namen einen guten Ruf und sollte als solches auch künftig fortgeführt werden. ■

Wichtig ist nun die Umsetzung

LSB-Vertreter zu Gast beim Sozialausschuss des Landtags

Im Mai hatte der Ausschuss für Soziales, Integration und Gleichstellung des Landtags zu seiner 12. Sitzung Vertreter des Landesseniorenbeirats eingeladen. Der Ausschuss beschäftigt sich außerdem mit Kindertagesförderung, Pflege, Inklusion, Familie, Senioren und Jugend. LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich sowie seine Stellvertreter Brigitte Seifert und Siegfried Schwinn informierten über die Arbeit des Landesseniorenbeirats und berieten mit dem Ausschuss über die Wirksamkeit des Seniorenmitwirkungsgesetzes, die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Älter werden in

Mecklenburg-Vorpommern“ und deren Umsetzung sowie über die Beschlüsse des 9. und die Vorbereitung des 10. Altenparlaments.
„Wichtig für uns ist es“, hob Bernd Rosenheinrich hervor, „wie nach der Diskussion in den Medien mit den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission weiter verfahren und wie diese in das Regierungshandeln einbezogen werden.“ Die gemäß Koalitionsvertrag durch die Kommunen zu erarbeitenden seniorenpolitischen Gesamtkonzepte bedürften einer Gliederung und Schwerpunktsetzung in Form einer Handreichung. Im Ergebnis der Diskussion zu den Altenparlamenten sagte Ausschussvorsitzender Torsten Koplin zu, die Umsetzung der Beschlüsse künftig in regelmäßigen Abständen zu beraten.
Die Vertreter des Landesseniorenbeirats legten weiter ihren Standpunkt zur notwendigen finanziellen Unterstützung des Landes für die Mehrgenerationenhäuser dar, zu dem „ungerechtfertigten, immer noch zu niedrigen“ Mindestlohn Ost in der Pflege, zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West und zum „verständlichen Wunsch der jungen Generation des Landes nach einer Enquetekommission zu ihren Problemen“. Insgesamt schätzten die LSB-Vertreter die Beratung als gelungen ein und bedankten sich bei den Gastgebern.
Darum, wie die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission in der Praxis umgesetzt werden, ging es auch in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Arbeitskreis Soziales, Integration und Gleichstellung der CDU-Fraktion im Landtag unter der Leitung von Maika Friemann-Jennert. ■

Seniorensicherheit im Blickpunkt

Intensiver Erfahrungsaustauch des LSB mit Fachleuten der Kriminalprävention

Nach einer Anregung der Arbeitsgruppe Seniorensicherheit des Landesrats für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern fand im April ein Erfahrungsaustausch zum Projekt „Seniorensicherheitsberater M-V“ im Innenministerium statt. Auf der gemeinsamen Tagesordnung von Landesseniorenbeirat und Landeskriminalamt stand neben Kriminalstatistik und Dunkelfeld auch ein Erfahrungsaustausch zur Abstimmung zwischen allen Akteuren dieses Projekts.
Die Polizeibeamten im Ruhestand berichteten von ihrer ehrenamtlichen Arbeit und tauschten sich mit ihren Kollegen aus, hier gab es den einen oder anderen Tipp für die weitere Gestaltung der Beratung. Zu Ihnen gehörte auch Diplom-Kriminalist Stephan Lack, Kriminalhauptkommissar a. D. und ehrenamtlicher Seniorensicherheitsberater in Greifswald. Über seine Erfahrungen aus den vergangenen Jahren berichtet er auf Seite 23 des heutigen *Seniorenkuriers*. ■

Kräfte bündeln und Projekte unterstützen

Regionalkonferenzen in Ueckermünde und Parchim / Landgesellschaft MV stellte neues Netzwerk vor

Auf den Regionalkonferenzen in Ueckermünde und Parchim stand ein Vortrag von Jan Hoffmann von der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH im Mittelpunkt. Er stellte das Leistungsspektrum des neugegründeten „Forums Ländliche Entwicklung und Demografie“ vor und informierte über eine mögliche Zusammenarbeit mit den Kreisseniorenbeiräten und den kommunalen Beiräten. Bereits im Dezember vergangenen Jahres hatte das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt in einer Auftaktveranstaltung das FORUM-MV initiiert: Mehr als 120 Teilnehmer kamen aus Kommunen, Verbänden und Vereinen in Güstrow zusammen und zeigten großes Interesse am neuen Netzwerk für

FORUM Ländliche Entwicklung und Demografie Mecklenburg-Vorpommern

die Stärkung der ländlichen Räume in unserem Bundesland.
Das „Forum Ländliche Entwicklung und Demografie“ soll landesweit tätig sein. Es ist als Informations- und Kompetenzplattform zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch gedacht. Bestehende Aktionen sollen koordiniert werden, Kräfte gebündelt und Projekte unterstützt werden. Durch die Vernetzung der Partner vor Ort sollen positive Entwicklungen im ländlichen Raum vorangebracht werden.
Auf der Auftaktveranstaltung hatten sich u. a. die Schule der Landentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, die Forschungs-GmbH Wismar, die Evangelisch-Lutherische Kirche, die Hochschule Neubrandenburg, die Akademie für Nachhaltige Entwicklung (ANE) sowie die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH vorgestellt.
Das FORUM MV soll als Schnittstelle zwischen Bürgern, regionalen Akteuren und der Landesregierung wirken. Eine neue Internetseite unter www.forum-mv.de bietet die Möglichkeit, Entwicklungen zu verfolgen und aktiv mitzuwirken. Ansprechpartner ist Jan Hoffmann, Tel. 03866-404-156, jan.hoffmann@lgmv.de

Fortsetzung auf Seite 12

Jan Hoffmann (stehend) von der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH informiert die Seniorenbeiräte über die Arbeit des FORUM-MV.

Sehr aufmerksam folgen die Teilnehmer der Regionalkonferenz in Parchim den Ausführungen von Prof. Dr. Helmut Pratzel (stehend) zum Thema Herzinfarkt. Fotos: Anett Müller

Fortsetzung von Seite 11

Auf den Regionalkonferenzen gaben die in das FORUM-MV eingebundenen Dienstleistungspartner KreativSaison e.V. mit der „Schule der Landentwicklung" und das Institut für Kooperative Regionalentwicklung der Hochschule Neubrandenburg Einblick in ihre Arbeit. Johann Kaether, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hochschule Neubrandenburg, stellte das regionale Engagement der Hochschule im demografischen Wandel vor. Mit Angeboten für Seniorinnen und Senioren als Gasthörer oder in der Seniorenhochschule, mit der Projektreihe UniDorf und Schulung Dorfmoderation sollen die Zusammenarbeit von Wissenschaft und regionalen Akteuren angeregt und gestärkt werden. Das soziale Miteinander in den Gemeinden und Dörfern wird von Menschen getragen, die mit Ideen und Tatkraft das Leben vor Ort unter den demografischen Herausforderungen gestalten wollen. Hier bieten verschiedene Projekte Unterstützung und machen dadurch auch Partizipation und soziale Teilhabe älterer Menschen möglich.

Prof. Dr. Henning Bombeck, seit 1999 Inhaber der Professur Siedlungsgestaltung und ländliche Bauwerke der Universität Rostock mit den Arbeitsschwerpunkten im Bereich der Dorf- und Regionalentwicklung und dem momentanen Forschungsfokus in der Findung lokaler Strategien zum demografischen Wandel, stellte die Schule der Landentwicklung Mecklenburg-Vorpommern vor. Sie hilft mit ihren Projekten Dörfern, Vereinen, Verbänden und Kommunen in den ländlichen Räumen bei der Findung lokaler Strategien im demografischen Wandel. Kontakt: www.schule-landentwicklung-mv.de

Außerdem gab es Informationen zum Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune" durch Elvira Henke aus dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung, einen Vortrag zum Thema „Risiko Herzinfarkt – eigene EKG-Kontrolle" durch Prof. Dr. Helmut Pratzel, Vorsitzender des Kreisseniorenbeirats Mecklenburgische Seenplatte, sowie einen Bericht über die Vorbereitung des 10. Altenparlaments 2018. Die Teilnehmer wurden aufgefordert, Themenvorschläge für das Altenparlament an den Landesseniorenbeirat zu geben. In einem Erfahrungsaustausch berichteten die Seniorenbeiräte über Erfolge in ihrer Arbeit, aber auch über manchen steinigen Weg dorthin.

Große Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz in Ueckermünde erhielt der Landesseniorenbeirat von Christine Schmidt, der Leiterin des Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark, dessen Räume genutzt werden konnten. In Parchim war es Anett Nuklies vom Landkreis Ludwigslust-Parchim; hier konnten wir den Großen Solitär des Landratsgebäudes nutzen.

Anett Müller

Gute Gespräche im „Schmetterlingshaus"

Landesseniorenbeirat machte einen Arbeitsbesuch beim Beirat Waren (Müritz)

Es ist ein guter Brauch von alters her und eine gute Tradition, dass der Vorstand des Landesseniorenbeirats seine Arbeitsberatungen als Gast bei einem Seniorenbeirat im Land durchführt. So geschehen auch am 2. Mai in Waren (Müritz). LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich, die Stellvertreter und Vorstandsmitglieder sowie die Leiterin der Geschäftsstelle wurden in Anwesenheit des Bürgermeisters der Stadt Norbert Möller und die Vorsitzende des Senioren- und Behindertenbeirates, Irmgard Kampe, herzlich zum Erfahrungsaustausch begrüßt. Vorgestellt wurden die Stadt und die wertvolle, parteienübergreifende Arbeit des Seniorenbeirats. Er besteht seit 1996, und seit 2014 gibt es die gemeinsame Arbeit als Senioren- und Behindertenbeirat.

Regelmäßige Tagungen des ehrenamtlichen Beirats zu aktuellen Themen mit Stadtvertretern, dem Bürgermeister oder Amtsleitern und ausgerüstet mit Rederecht im Kultur-, Bildungs- und Sozialausschuss, führen zu einer engagierten generationenübergreifenden Inte-

ressenvertretung von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung.
Die gute Entwicklung der Stadt und die letzte Befragung zur Lebensqualität der älteren Bürger spiegeln auch die gute Unterstützung der Arbeit der Stadtverwaltung durch den Beirat wider. Der LSB-Vorstand dankte dem örtlichen Beirat für seine verantwortungsbewusste Arbeit und dem Bürgermeister für seine mit „offenen Ohren" praktizierte Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit des Beirats.
Neben guten Gesprächen im Schmetterlingshaus in der Dietrich-Bonhoeffer-Straße 6 wurde durch den LSB-Vorstand u. a. auf die Regionalkonferenzen, die Herbsttagung und das 10.Altenparlament Bezug genommen und noch einmal auf den Landeswettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune 2017" hingewiesen. Ein Lob an die Geschäftsführung für die gute Vorbereitung der Sitzung des Vorstands in Waren – es ist eben ein guter Brauch: Wer Gutes bekommt, bedankt sich auch (frei nach Wilhelm Busch).

Eine interessante Runde im Schmetterlingshaus, die durch einen lebhaften Ideenaustausch geprägt war. Foto: Anett Müller

Herbert Kautz
Mitglied des Vorstands

Erika Borjan gestorben

Im Alter von fast 83 Jahren starb am 3. April Erika Borjan aus Wismar. Sie war eine der 19 Personen, die am 10. November 1994 in Plau den zunächst vorläufigen Landesseniorenbeirat gründeten. 1999 wurde sie in den Vorstand gewählt und hatte seit 2001 die Funktion als Schatzmeisterin inne. In jenem Jahr, am 28. Juni, war in Güstrow die Gründung des LSB als gemeinnütziger eingetragener Verein erfolgt.
Heinz Rösel, langjähriger Vorsitzender des Landesseniorenbeirats, erinnert sich: „Als Gründungsmitglied

legte Erika Borjan, gemeinsam mit Käthe Poppei, die Anliegen der Seniorinnen und Senioren der Verwaltung in der kreisfreien Hansestadt Wismar dar und arbeitete tatkräftig an der Lösung der Probleme älterer Menschen mit. Als Delegierte nahm sie an mehreren Altenparlamenten teil und vermittelte ihre Erfahrungen in den jeweiligen Arbeitsgruppen. Ihre Verdienste bleiben unvergessen." 2005 übergab sie ihre Funktion an das Vorstandmitglied Karin Lechner, die zugleich Vorsitzende des Kreisseniorenbeirats Nordwestmecklenburg ist.
Auf eigenen Wunsch fand die Beisetzung als Seebestattung in der Wismarschen Bucht statt.

ric

Aus der Geschäftsstelle des Landesseniorenbeirats

Arbeitsberatungen im dritten Quartal 2017:
4. Juli und 5. September

Regionalkonferenzen:
13. September in Malchow, 20. September in Gadebusch

Kooperationstreffen:
4. September

„Engagieren macht vor allem Spaß“

Sozialministerin Stefanie Drese betont die Wichtigkeit der Ehrenamtsmessen

Sozialministerin Stefanie Drese eröffnete zum Auftakt Ende Februar in Schwerin die erste diesjährige EhrenamtMesse für die Landeshauptstadt und den Landkreis Ludwigslust-Parchim, weitere fünf folgten. (Siehe auch Seite 19 des heutigen *Seniorenkuriers*.)

„Ich freue mich sehr, dass sich unter dem Motto ‚Sich engagieren – etwas bewegen‘ auch in diesem Jahr viele Vereine, Verbände, Institutionen, Initiativen und Organisationen präsentieren“, betonte sie im Gymnasium Fridericianum. Die Aussteller würden ihre vielfältigen Projekte aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen vorstellen und die Besucherinnen und Besucher über die zahlreichen Möglichkeiten, sich freiwillig zu engagieren, informieren. Es wäre wünschenswert, wenn sich möglichst viele Besucherinnen und Besucher für ein Ehrenamt begeistern ließen.

„Denn sich freiwillig zu engagieren, macht vor allem auch Spaß und bereichert das eigene Leben“, betonte die Ministerin. Ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern brauche das freiwillige Engagement, um als Gemeinschaft zu funktionieren. „Bürgerschaftliches Engagement ist unerlässlich für den sozialen Zusammenhalt und macht aus einem Nebeneinander ein Miteinander.“ ■

Ein Klima von Mitmenschlichkeit

Altenpflegepreis MV ausgeschrieben – Bewerbungen sind bis zum 30. Juni möglich

Auch 2017 vergibt das Sozialministerium in Zusammenarbeit mit dem Landespflegeausschuss wieder einen Altenpflegepreis. „Damit wollen wir die vielen Facetten der Pflege würdigen und ihre gesellschaftliche Bedeutung hervorheben“, betonte Ministerin Stefanie Drese. „Die tägliche Arbeit der vielen tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ambulanten, teilstationären oder stationären Einrichtungen ist anspruchsvoll, vielseitig, professionell und verantwortungsvoll. Sie sorgen für die Lebensqualität der auf Unterstützung angewiesenen Menschen und für ein Klima von Mitmenschlichkeit.“

Vorschläge bzw. Bewerbungen für den Preis können bis zum 30. Juni bei der Geschäftsstelle des Landespflegeausschusses, Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung, 19048 Schwerin, eingereicht werden. Die Jury besteht aus je einem Vertreter der Verbände der gesetzlichen und der privaten Pflege- und Krankenkassen, der privaten, kommunalen und gemeinnützigen Einrichtungsträger sowie des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung und des Ministeriums. Das Preisgeld beträgt insgesamt 5.000 Euro. ■

Unser Bundesland steht an der Spitze

Sozialministerin übernahm den Vorsitz im Landespflegeausschuss

Sozialministerin Stefanie Drese ist neue Vorsitzende des Landespflegeausschusses. „Ich freue mich sehr über das mir entgegengebrachte Vertrauen“, bedankte sie sich. „Angesichts einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft gewinnen die Themen Pflege und Pflegebedürftigkeit zunehmend an Bedeutung. Zur Bewältigung der Herausforderungen bedarf es weiterhin des Engagements aller Akteure.“ Der Landespflegeausschuss ist das gesetzliche Gremium zur Beratung über Fragen der Pflegeversicherung. In ihm sind Vertreterinnen und Vertreter von Krankenkassen, Pflegeverbänden, Kommunen und Landkreisen sowie die Landesregierung vertreten. In der ersten Sitzung unter der neuen Vorsitzenden ging es u. a. um die Umsetzung der Pflegestärkungsgesetze und die weitere Projektbegleitung zur Entbürokratisierung in der Pflegedokumentation. Positiv hervorgehoben wurde die hohe Teilnahme der hiesigen Pflegeeinrichtungen an dem Implementierungsprojekt zur neuen Pflegedokumentation. „Mit annähernd 60 Prozent nimmt Mecklenburg-Vorpommern im bundesweiten Vergleich die Spitzenposition ein“, betonte Stefanie Drese. Mit dem neuen Strukturmodell werde das Ziel verfolgt, den zeitlichen Aufwand für die Pflegedokumentation zu minimieren. ■

Eine dumme Kritik ist nicht so offensichtlich wie ein dummes Lob.

Alexander Puschkin (1799-1837)

Verschiebung ist eine große Enttäuschung

Ministerpräsident Sellering: „Verbindliche Zusage wurde willentlich gebrochen“

Die Rentenangleichung ist von zentraler Bedeutung und seit vielen Jahren eine gemeinsame Forderung der ostdeutschen Länder. Das hat Ministerpräsident Erwin Sellering im Bundesrat während der Debatte zum Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz betont. „Die Angleichung der Renten ist eine Frage der materiellen Gerechtigkeit“, sagte er. „Gleichzeitig geht es um viel mehr: Mehr als 25 Jahre nach der deutschen Einheit geht es um die Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen und um Augenhöhe im vereinten Deutschland.“

So erfreulich es sei, dass die Rentenangleichung erstmals gesetzlich festgeschrieben werde, „die Verschiebung der Rentenangleichung auf das Jahr 2025 ist leider ein sehr eindeutiger Fall einer willentlich gebrochenen verbindlichen Zusage. Das ist eine herbe Enttäuschung für die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner.“

Der Ministerpräsident erinnerte an die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Vereinbarung zur Rentenangleichung, nach der die vollständige Rentenangleichung bis zum Ende des Jahrzehnts erreicht werden sollte. „Im vergangenen Jahr hat Bundesministerin Nahles einen Gesetzentwurf vorgelegt, der diese Vereinbarung umgesetzt hätte. Dieser Vorschlag ist allerdings von der Union gekippt worden. Das hat dazu geführt, dass die jetzt vom Bundestag vorgelegte Regelung die klare Koalitionsvereinbarung kippt, ohne dass ein einziges neues Argument dafür vorgebracht werden könnte, das nicht schon bei den Verhandlungen 2013 angesprochen und bei der damaligen Einigung berücksichtigt worden ist.“

Mecklenburg-Vorpommern hatte, gemeinsam mit Sachsen-Anhalt, einen Plenarantrag vorgelegt mit der Bitte, den ursprünglichen Zeitplan für die Rentenangleichung einzuhalten. Dieser Antrag, dem auch Thüringen beigetreten war, erhielt allerdings keine Mehrheit in der Länderkammer. ■

Weitere Reaktionen auf den Offenen Brief aus Neubrandenburg

Im vorigen *Seniorenkurier* hatten wir über den Offenen Brief des Seniorenbeirats Neubrandenburg an alle Politiker und die Antwort des Bundestagsabgeordneten Eckhardt Rehberg – im Namen der Mitglieder der CDU-Fraktion – berichtet. Hier nun weitere Reaktionen:

SPD-Landtagsfraktion: Zügige Angleichung weiterhin notwendig

Thomas Krüger, Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag, hob hervor:

„Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren Verbesserungen auf den Weg gebracht. In diesem Zusammenhang sind u. a. die Rente nach 45 Beitragsjahren, die höhere Mütterrente, eine bessere Erwerbsminderungsrente sowie flexiblere Übergänge in die Rente zu nennen. Schon davon haben viele Rentnerinnen und Rentner in Mecklenburg-Vorpommern profitiert.

Wir brauchen auf Bundesebene eine umfassende Rentenreform, um Altersarmut entgegenzuwirken. Dazu gehört neben der solidarischen Lebensleistungsrente auch eine zügige Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland. Die vom Bund geplante Angleichung bis 2025 stellt uns nicht zufrieden. Wir werden uns daher weiterhin für eine zügige Angleichung auf Bundesebene entschieden einsetzen.“ ■

Linksfraktion: Drohung muss beendet werden

„Meine Fraktion unterstützt die Forderungen des Neubrandenburger Seniorenbeirats und teilt dessen Unmut darüber, dass die Angleichung der Renten – obwohl im Einigungsvertrag festgeschrieben und mehrfach von verschiedenen Bundesregierungen versprochen – bis heute nicht erfolgt ist und nun von CDU und SPD im Bund auf das Jahr 2025 verschoben wird.“ Das unterstrich Torsten Koplin, Sprecher der Fraktion DIE LINKE für Sozialpolitik und Kultur, mit Blick auf den Offenen Brief des Seniorenbeirats der Vier-Tore-Stadt an alle Politiker (siehe vorigen Seniorenkurier). Da helfe es auch nicht, dass der Ministerpräsident die erneute Verschiebung kritisiere. Die Betrogenen seien die Rentnerinnen und Rentner im Osten. Die unsägliche Debatte um eine erneute Anhebung des Renteneintrittsalters und die Drohung, dass Rente nicht mehr finanzierbar sei, müssten endlich beendet werden. „Es gibt Lösungen jenseits

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

von renditeorientierten Vorschlägen, bei denen seit Jahren Steuergelder verbrannt oder in Gewinne für die private Versicherungswirtschaft umgemünzt werden."

Koplin: „Meine Fraktion fordert seit Jahren eine Rücknahme der Rentenverschlechterungen durch SPD, Bündnis90/Grüne, FDP und CDU seit dem Jahr 2000. Wir fordern eine Rente, die den Lebensstandard sichert und eine Mindestrente, die vor Armut schützt. Wir fordern eine Erwerbstätigenversicherung für die Rente, in die alle einzahlen. Auch das Rentenunrecht, das unter anderem Geschiedene und bestimmte Berufsgruppen trifft, muss endlich abgeschafft werden. DIE LINKE ist die einzige Fraktion im Bundestag wie im Landtag M-V, die seit Jahren alle diese Forderungen erhebt. Die Rentnerinnen und Rentner sollten genau prüfen, wem sie bei der Bundestagswahl im September ihre Stimme geben. Eine andere Rentenpolitik ist möglich – eine andere Rentenpolitik ist nötig." ■

Landesgruppe MV der LINKEN im Bundestag: Volle Unterstützung

Im Schreiben der Landesgruppe MV der Bundestagsfraktion DIE LINKE – Dr. Dietmar Bartsch, Heidrun Blum und Kerstin Kassner – heißt es:

In unserem Antrag „Renteneinheit verwirklichen – Lebensleistung anerkennen" (Drucksache 18/10862) fordert DIE LINKE darüber hinaus die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West nicht in sieben Schritten und damit erst bis zum Jahr 2024 vollständig abzuschließen, sondern in zwei Schritten und sie damit bis zum Jahr 2019 vollzogen wird. So hatte es die Bundeskanzlerin immer wieder versprochen und so war es auch im Koalitionsvertrag vorgesehen. Es ist in der Tat irreführend, wenn als Vergleichsgröße die durchschnittliche Höhe der gesetzlichen Rente in Ost und West miteinander verglichen wird. Die hohen Beamtenpensionen im Westen gehen in diese Werte nicht ein und bleiben unberücksichtigt. Die Sonderversorgungssysteme von Polizei, Armee, Post, Bahn, Lehrern oder der Verwaltung in der DDR einschließlich der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung der DDR wurden dagegen durch das Rentenüberleitungsgesetz in die gesetzliche Rente überführt. Ebenso müssten die Betriebsrenten und freiwilligen privaten Rentenversicherungen – die im Westen bei weitem höher ausfallen – in die Vergleichszahlen eingehen, um ein vollständiges und transparentes Bild der finanziellen Situation der Rentnerhaushalte in Ost und West zu erhalten.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE gemeinsam mit den Bundesländern im Bundesrat – und zwar auch mit den Stimmen der Westländer – klipp und klar, dass diese Angleichung der Renten aus Steuermitteln zu finanzieren ist. Die Bundesregierung darf nicht einseitig die Beitragszahler belasten. Zur Finanzierung müssen auch Politiker, Beamte und die Superreichen herangezogen werden, denn die Herstellung von Rentengerechtigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Drittens bleibt für uns die die Frage der Ost-West-Angleichung bei den Löhnen zentral. Der Durchschnittslohn von vollbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit allen Sonderzahlungen liegt im Westen bei 4 224 Euro brutto, im Osten sind es 3 165 Euro brutto. Das sind rund 1 000 Euro weniger, 25 Prozent weniger, und das kann man auf fast jede Berufsgruppe herunterbrechen: Kfz-Mechaniker im Westen 2 572 Euro, im Osten 2 047 Euro; Pflegekräfte in Westdeutschland 2 525 Euro, im Osten 2 040 Euro – rund 500 Euro monatlich weniger. Aufgrund dieser Unterschiede sollte die Umrechnung der ostdeutschen Löhne bei der Rentenberechnung erst dann ausgesetzt werden, wenn wir bei einer Angleichung der Löhne von 96 oder 97 Prozent sind.

Viertens muss die Rente schwierige Lebenslagen wieder ausgleichen. Alleinerziehende, Pflegende, Langzeiterwerbslose und Geringverdienende brauchen unsere Solidarität. Konkret: Wir wollen 93 Euro Mütterrente für jedes Kind – in Leipzig und in Düsseldorf, vollständig steuerfinanziert. Außerdem müssen für Hartz-IV-Betroffene endlich wieder Beiträge in die Rentenkassen gezahlt werden, und zwar so, als ob sie die Hälfte des Durchschnitts verdienten. Das fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und viele Sozialverbände, und das wäre sozial gerecht. In Ostdeutschland sorgt der Niedriglohnsektor zum Beispiel dafür, dass viele Beschäftigte später keine ausreichende Rente erhalten. Bis 1991 wurden die Renten dieser langjährig Niedrigverdienenden aufgewertet („Rente nach Mindestentgeltpunkten"). Viele Sozialverbände und DIE LINKE fordern: Die Rente nach Mindestentgeltpunkten muss auch für die Zeit ab 1992 gelten, und sie muss besser werden.

Fünftens brauchen wir eine armutsfeste, solidarische Mindestrente, die ihren Namen verdient. Das heißt zum Beispiel, wer als Single eine gesetzliche Rente von nur 800 Euro erreichte und 150 Euro an weiteren Alterseinkommen hätte, hätte einen Anspruch auf einen steuerfinanzierten Zuschlag von 100 Euro. Die würden dann von der Rentenversicherung ausgezahlt. Das wären dann insgesamt 1 050 Euro netto, knapp über der Armutsgrenze nach den Kriterien der Europäischen Union. Wir Linken sagen: Arbeit darf nicht arm machen, auch nicht im Alter. ■

CDU-Landtagsfraktion: Keine negativen Auswirkungen

Landtagsabgeordnete Maika Friemann-Jennert teilte als Leiterin des Arbeitskreises Soziales der CDU-Fraktion mit:
„Dass sich die Alterspyramide verändert, haben wir erkannt, und damit hat sich die Enquetekommission ‚Älter werden in MV' ausgiebig auseinandergesetzt. Bis 2020 werden 22 Prozent der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern über 65 Jahre sein.
Mit der Rente muss überall gleich gelebt werden können, und insofern zeigte die erneute Annäherung der Rentenwerte an den der westdeutschen Bundesländer, dass das geltende Rentenrecht wirkt. Es sichert, dass mit den weiteren Steigerungen der Löhne und Gehälter auch die Renten angeglichen werden. Es bewirkt, dass die in Ostdeutschland im Durchschnitt nach wie vor niedrigeren Bruttoarbeitsentgelte keine negativen Auswirkungen auf die Rentenberechnung haben. Ursache dafür ist der Vorteil der Höherwertung ostdeutscher Löhne um gut 17 Prozent, der den Nachteil des um knapp sieben Prozent niedrigeren Rentenwerts ausgleicht.
Die Bundesregierung hat entschieden, dass die Renten bis 2025 vollständig angeglichen werden. Ich persönlich hätte es auch gern eher gesehen, aber eine vorzeitige Rentenangleichung bedeutet einen Wegfall bzw. die Verringerung der derzeitigen Hochwertung der ostdeutschen Einkommen und die Verfestigung des gegenwärtigen Lohnabstands in den zukünftigen Renten im Osten. Die angestrebte Anhebung des Rentenwerts bei gleichzeitiger Absenkung der Höherbewertung der Ostlöhne wird in den neuen Ländern zu niedrigeren Renten für zukünftige Rentner führen. Altersarmut würde dadurch befördert werden, anstatt sie zu vermindern. Auch dies ist zu bedenken." ■

Bundessozialministerium: Angleichung in sieben Schritten

Aus Bonn kam im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ein von Julia Moldenhauer unterzeichnetes Schreiben, in dem es heißt:
„Um die Alterssicherung in Deutschland weiterhin nachhaltig und zukunftssicher auszugestalten, hat Bundesministerin Andrea Nahles am 25. November 2016 ein Gesamtkonzept zur Zukunft der Alterssicherung vorgestellt, das alle drei Säulen der Alterssicherung – die gesetzliche Rentenversicherung, die betriebliche sowie die private Vorsorge – in den Blick nimmt und Handlungsbedarfe aufzeigt.
Das vorliegende Gesamtkonzept zur Alterssicherung zeigt auf, wie eine zukunftssichere Alterssicherung über das Jahr 2030 hinaus sichergestellt werden kann. Dabei werden drei Ziele verfolgt: Altersarmut vorbeugen, die Rente für alle Generationen verlässlich gestalten und den Lebensstandard im Alter sichern.
Daneben ist es geboten, die Unterschiede bei der Rentenberechnung in Ost- und Westdeutschland zu beseitigen, die bei vielen Bürgerinnen und Bürgern auf Unverständnis stoßen. Daher soll die vollständige Angleichung der Rentenwerte in sieben Schritten erfolgen, die mit der jährlichen Rentenanpassung verbunden werden. Ebenfalls in sieben Schritten sollen die geringere Beitragsbemessungsgrenze und die Bezugsgröße angehoben sowie die bisherige Hochwertung der versicherten Arbeitsverdienste für die Rentenberechnung abgeschmolzen werden. Ab dem 1. Januar 2025 sollen für die Rentenberechnung in Ost und West gleiche Werte gelten.
Als vertrauensbildende Maßnahme und um dauerhaft Verlässlichkeit und Planbarkeit für alle Rentnerinnen und Rentner sowie Beitragszahlerinnen und -zahler zu schaffen, soll eine doppelte Haltelinie zur Sicherung des Rentenniveaus in Höhe von mindestens 46 Prozent und eine Begrenzung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung auf maximal 25 Prozent eingeführt werden. Die bewährte umlagefinanzierte gesetzliche Rente bleibt auch in Zukunft die wichtigste Säule der Alterssicherung." ■

Wo bleibt die Lobbyarbeit?

Schweriner Rentner schrieb einen Brief an den Landesseniorenbeirat

Seine Enttäuschung über die Rentenreform bringt der Schweriner Rentner Günter Husten (73) in einem Brief an den Landesseniorenbeirat zum Ausdruck und fordert Lobbyarbeit vom LSB. „Ich empfinde meine Rente Ost als Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes und fühle mich nicht wie ein vollwertiger BRD-Bürger", betont er.

Der vollständige Wortlaut der Stellungnahmen und des Briefes von Günter Husten ist im Internet auf www.landesseniorenbeirat-mv.de abrufbar. ■

Wer Wahrheit liebt, der urteilt scharf, vorausgesetzt, dass er es darf.

Eugen Roth (1899-1976), deutscher Lyriker

Wie werden aus Spendern Fans?

Ehrenamtsstiftung MV veranstaltete mit großem Erfolg den ersten Fundraising-Tag

Mit ihrem ersten „Fundraising-Tag für den guten Zweck“ hat Anfang April die Ehrenamtsstiftung MV Neuland in unserem Bundesland betreten. Sie bietet Vereinen, Initiativen und Organisationen ein kompaktes Tagesprogramm rund um das Thema Mittelakquise für die eigenen Aktivitäten. Erfahrene Referenten vermittelten praktisches Know-how zu Crowdfunding und Fundraising aus erster Hand. Mit Markus Streichhardt von startnext und Christina Wegener von betterplace waren die beiden führenden Crowdfunding-Plattformen vor Ort und erklärten, wie Spenden sammeln über die online-Plattform funktioniert. Ines Zimzinski vom Deutschen Crowdsourcing-Verband gab Tipps aus der Praxis, wie man aus Spendern Fans macht. Konstanze Moritz, PR-Beraterin für gemeinnützige Organisationen, brachte den Teilnehmern nahe wie man die überzeugenden Worte dafür findet. Danach ging es um das richtige Förderprogramm für den eigenen Zweck. Neun bundes- und landesweite Förderer stellten sich und ihre Programme vor. Die Veranstaltung war binnen weniger Tage komplett ausgebucht. „Der Ansturm hat gezeigt, dass Fundraising heute für Vereine unverzichtbar geworden“, freute sich Hannelore Kohl, die Vorstandsvorsitzende der Ehrenamtsstiftung. Der zweite Fundraising-Tag findet 2018 statt. ■

Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern

Gutes tun in MV

Kritische Einwände vieler Träger

Soziale Beratungslandschaft im Blickfeld der Landesarmutskonferenz

Die Landesarmutskonferenz Mecklenburg-Vorpommern beschäftigte sich kürzlich mit den Planungen für das Modellprojekt des Sozialministeriums zur Neustrukturierung der sozialen Beratungslandschaft im Landkreis Vorpommern-Greifswald. Die Umsetzung des Konzeptes soll zu Beginn des kommenden Jahres erfolgen. Die Neustrukturierung sieht bei der räumlichen Ausgestaltung und Finanzierung grundlegende Veränderungen vor. Das Projekt trägt bundesweit Pilotcharakter und kann sich auch auf andere Landkreise und Bundesländer auswirken.

Doch viele Träger im Landkreis und im Land sehen das Projekt sehr kritisch. Die Landesregierung möchte mit dem Projekt durch eine trägerübergreifende Vernetzung ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Beratungsangebot sichern. Dazu sollen auch die mobile Beratung und das Internet gerade in den ländlichen Regionen stärker als bisher berücksichtigt werden. Diese Projektvorgaben erfülle das Konzept jedoch nicht, schätzt die Landesarmutskonferenz ein. Seit etwa drei Jahren diskutieren Träger, Verwaltung und Land das Vorhaben.

„Im Ergebnis muss mehr Qualität und Quantität bei den Beratungsangeboten entstehen“, sagt Irina Rimkus, Sprecherin der Landesarmutskonferenz. Die gegenwärtige Finanzausstattung lasse eine qualitative Verbesserung der Beratungslandschaft aber nicht zu. Eine flächendeckende Versorgung sei nicht gewährleistet. Auch der Ausbau der mobilen Beratung bliebe hinter den Anforderungen der Projektvorgaben weit zurück. „Der vorliegende Entwurf sieht insgesamt weniger Stellen für den Kreis vor. Die weißen Flecken werden größer.“

Der hohen Armutsquote im Kreis und im Land müsse stärker Rechnung getragen werden. Die Fläche und die dünne Besiedlung würden einen höheren Aufwand begründen, was sich in der Finanzierung widerspiegeln muss.

Auch die in der LIGA Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossenen sozialen Verbände kritisieren zu Recht, dass die Schaffung von Beratungszentren, die das Konzept vorsieht, nur bedingt das bereits jetzt vorhandene vielgliedrige Netz von Beratungsdiensten unterschiedlicher Träger ersetzen kann.

„Bei dem Modellvorhaben haben wir es mit einer budgetierten Unterversorgung zu tun“, beschreibt Hartmut Storrer, Mitglied des Sprecherrats der Landesarmutskonferenz, die Situation drastisch. So würde auch das freie Engagement der Träger ausgehebelt.

Die Landesarmutskonferenz kritisiert, dass die Überlegungen nicht im Hinblick auf eine bessere Versorgung ratsuchender Menschen angestellt wurden, sondern auf eine größere Steuerungsmöglichkeit des Landkreises und eine Anpassung an zur Verfügung stehende Mittel abzielen. „Der vielfältige Bedarf Ratsuchender ist nicht ansatzweise in das Konzept eingeflossen“, so Storrer.

Die Landesarmutskonferenz sieht die stabile Versorgung mit Beratungsangeboten gefährdet. Sie fordert vor allem eine realistische Bedarfsermittlung für die Beratung und die Anpassung struktureller Veränderungen an die Beratungsbedarfe hilfesuchender Menschen. ■

Rund um das freiwillige Engagement

Symposium war Auftakt für die 10. EhrenamtMessen in unserem Bundesland

Zum zehnten Mal öffneten die EhrenamtMessen in M-V die Türen für interessierte Besucher und aktive Ehrenamtler – in Wismar, Neubrandenburg, Güstrow, Pasewalk und Stralsund. Der Auftakt dafür fand am 25. Februar in Schwerin statt. Am Tag vor der offiziellen Eröffnung hatten die Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sowie der DRK-Landesverband zu einem Symposium in den Goldenen Saal des Neustädtischen Palais der Landeshauptstadt eingeladen. Werner Kuhn, Präsident des DRK-Landesverbands, und Hannelore Kohl, Vorstandsvorsitzende der Ehrenamtstiftung, begrüßten rund 170 Gäste aus M-V, Hamburg, Berlin und Schleswig-Holstein.

Stefanie Drese, Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung, betonte die zunehmende Bedeutung gesellschaftlichen Engagements. (Siehe auch Seite des heutigen Seniorenkuriers.) Dass der Anteil der engagierten Menschen hierzulande in den letzten 15 Jahren von 28,9 auf 42,8 Prozent gestiegen sei, würdigte sie als großen Erfolg des gemeinsamen Handelns.

Sie erklärte, dass die Freiwilligen, die sich mit ihren Ideen, Kompetenzen und Begabungen einbringen, einen äußerst wertvollen Beitrag für das Land und die Gesellschaft leisten. Werner Kuhn unterstrich u. a. die Bedeutung der Nachwuchsgewinnung: „Wir beginnen bereits in unseren Kitas, die Kinder – und natürlich ihre Eltern – für spannende und sinnvolle Projekte und Kurse zu begeistern. Sehr gute Erfahrungen haben wir ebenso mit unserem Projekt ‚Schule und DRK' gemacht."

Wer engagiert sich ehrenamtlich und in welchen Bereichen? Was sind die Beweggründe für ein bürgerschaftliches Engagement – und wie wird sich das Ehrenamt entwickeln? Diese und zahlreiche andere Fragen rund um das freiwillige Engagement standen im Fokus wissenschaftlicher Fachvorträge sowie einer angeregten Podiumsdiskussion. Während des Symposiums, das von Dörthe Graner moderiert wurde, nutzten die Gesprächspartner die Gelegenheit, über ihre Erfahrungen zu berichten, ihre Vorstellung von der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements zu skizzieren, aber auch Kritik zu üben sowie vorhandene Strukturen und Vorgehensweisen im Umgang mit den Freiwilligen in Frage zu stellen.

Ein wichtiger Schritt, Initiativen besser zu unterstützen, für bürgerschaftliches Engagement zu werben und dieses zu koordinieren, sei unter anderem die Kooperation der Ehrenamtsstiftung mit dem Deutschen Roten Kreuz, erklärte Werner Kuhn. Aktuelle Initiative ist das Internetportal des Deutschen Roten Kreuzes www.engagieren-in-mv.de, für das während des Symposiums der offizielle Startschuss gegeben wurde.

Alle Vereine und Verbände in M-V sind eingeladen, hier ihre Mitmachangebote zu veröffentlichen. Gleichzeitig haben interessierte Mitbürger die Möglichkeit, nach einer passenden Tätigkeit zu suchen.

Einen Eindruck davon, wie vielfältig das bürgerschaftliche Engagement in M-V bereits ist, konnten die Besucher des Symposiums innerhalb der Schau „Gutes tun in M-V – Momentaufnahmen von Ehrenamt und Engagement" bekommen. Sie widerspiegelt die Arbeit von Vereinen, Verbänden und Initiativen aus dem gesamten Bundesland, würdigt die Arbeit engagierter Menschen und dient als Quelle für neue Ideen. Sie kann als Wanderausstellung ausgeliehen werden unter Telefon 0385-590147-13 (DRK, Jens Herzog), e-Mail: j.herzog@drk-mv.de

Die sieben Jubiläumsveranstaltungen zum zehnjährigen Bestehen der EhrenamtMessen wurden von rund 13.000 Besuchern begleitet. Neben Interessenvertretungen für Seniorinnen und Senioren präsentierten sich über 300 Vereine, Verbände und Initiativen: Kultur- und Sportvereine, regionale Initiativen mit Engagement im Umwelt- und Naturschutz sowie im Denkmalschutz, Vereine mit Engagement im sozialen Bereich, von Menschen mit Handicap oder Opfer von Krieg, Gewalt und Kriminalität. Hinzu kamen die Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariterbund; Johanniter, Malteser, Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, Freiwillige Feuerwehren und THW.

Text und Fotos: Christine Mevius

Alle Zeiten auf einen Klick

Mehrere Fahrpläne durchzuforsten ist hierzulande nicht mehr notwendig

Wer mit Bus oder Bahn von Rehna nach Rostock fahren will, muss unterschiedliche Verkehrsmittel benutzen und verschiedene Tarifgebiete durchqueren. Mehrere Fahrpläne durchzuforsten ist nicht notwendig. Die Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern (VMV) informiert im Internet über die Fahrzeiten für Bus und Bahn in ganz M-V: www.vmv-mbh.de/fahrplanauskunft. Die Abfahrtshaltestelle eingeben, das Reiseziel, den Reisetag und die Uhrzeit – schon sucht die Auskunft nach der besten Verbindung und sagt auch gleich, wo wann wohin Umsteigen nötig ist. Außerdem bietet die VMV die Fahrplan-App „MV fährt gut" für Handys mit den Betriebssystemen Android oder iOS an.

Ausgenommen von dieser Auskunft sind aus technischen Gründen die Buslinien 251 und 252 im Landkreis Vorpommern-Greifswald, die Linie 201 bis 215 im Landkreis Vorpommern-Rügen und die Linien 1+3+1, 2, und 3a im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Die fehlenden Informationen können erfragt werden im Landkreis VP-Greifswald beim „Jörg-Pasternak-Omnibusunternehmen, im Landkreis VP-Rügen bei der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen und im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte beim Unternehmen „B.B. Reisen GmbH".

Zwei Verkehrsgesellschaften bieten zudem besondere Busse an: In der Region Parchim, Lübz, Plau und Goldberg verkehrt seit Dezember 2016 der Rufbus der Verkehrsgesellschaft Ludwigslust-Parchim (VLP). Er fährt dort, wo sich ein normaler Liniendienst nicht lohnt. Wer den Rufbus nutzen möchte, ruft mindestens zwei Stunden vorher in der Rufbus-Zentrale an (Tel.: 03883/61 61 61). Die Fahrt kostet so viel wie mit dem konventionellen Linienbus. Hinzu kommt ein Service-Entgelt von einem Euro pro Fahrt und Fahrgast. Schon in den ersten zweieinhalb Monaten nutzten fast 1000 Fahrgäste den Rufbus.

Ein ähnliches Angebot gibt es in Nordwestmecklenburg. Dort schickt die Verkehrsgesellschaft „Nahbus" bei Anruf den Anrufbus los. Interessenten müssen sich bis zu 60 Minuten, bei der Mitnahme von Kinderwagen oder Rollstühlen 24 Stunden vor ihrer Abfahrt telefonisch melden oder das Bestellformular im Internet ausfüllen (Tel.: 0800-6 34 62 87 oder nahbus.de). Auch hier wird zuzüglich zum normalen Fahrpreis eine Servicegebühr von einem Euro erhoben. In beiden Landkreisen fördert die Landesregierung die Rufbusse. Die Hilfen in Höhe von insgesamt 153.338 Euro je Landkreis für die Jahre 2017 bis 2019 (NWM) bzw. 2018 bis 2020 (LUP) sind bewilligt.

Für Senioren hat der Verkehrsverbund Warnow in und um Rostock ein besonderes Angebot entwickelt. Wer das 60. Lebensjahr vollendet hat, kann für 43,50 Euro monatlich das Mobil60-Ticket im Abonnement erwerben. Wer sein Fahrrad mitnehmen möchte, kauft das Mobil60-Ticket-Bike für 48,50 Euro. Auch die ostdeutsche Eisenbahngesellschaft (ODEG) offeriert für alle ab 65 das Ü65-Ticket. Es kostet 65 Euro im Monat und gilt in den Zügen der ODEG auf den Strecken Rehna – Schwerin – Parchim und Parchim – Ludwigslust. Für fünf Euro mehr im Monat darf mit diesem Ticket auch das Fahrrad in den Zügen der Linie RB 13 und 14 mitgenommen werden.

Das Verkehrsministerium in Mecklenburg-Vorpommern fördert die Anschaffung barrierefreier Busse und die Einrichtung barrierefreier Haltestellen. Allein für das Sonderprogramm „Barrierefreie Haltestellen in Mecklenburg-Vorpommern" stehen für 2015 bis 2018 insgesamt 15 Millionen Euro bereit.

Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung

Was war also das Leben? Es war Wärme, das Wärmeprodukt formerhaltender Bestandslosigkeit, ein Fieber der Materie, von welchem der Prozess unaufhörlicher Zersetzung und Wiederherstellung unhaltbar verwickelt, unhaltbar kunstreich aufgebauter Eiweißmolekel begleitet war. Es war das Sein des eigentlich Nicht-sein-Könnenden, des nur in diesem verschränkten und fiebrigen Prozess von Zerfall und Erneuerung mit süß-schmerzlich-genauer Not auf dem Punkt des Seins Balancierenden. Es war nicht materiell, und es war nicht Geist. Es war etwas zwischen beidem.

Thomas Mann (1875-1955), deutscher Schriftsteller

Dieses Zitat steht in Metallbuchstaben an der Wand in der Halle des Paul-Löbe-Hauses in Berlin, des Hauses der Ausschüsse im Bundestag.

„Hier fühl´n wir uns zu Hause …

Vitanas

… denn hier können wir einfach sein, wie wir sind und die Nachbarn sind auch noch nett!“

Das bieten wir - kurzgefasst:

Kurz- und Langzeitpflege | spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | Probewohnen | Ihre privaten Möbel können Sie natürlich gern mitbringen | Reinigungsservice für Ihre Wäsche | Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung | Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen | Wir kochen täglich frisch für Sie

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6
17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0

www.vitanas.de

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40
17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0

Mit der neuen Welt verbunden

Senioren nutzen zunehmend das Internet / Breitbandkabelnetz wird ausgebaut

In Neddesitz im Osten der Insel Rügen begannen die Bagger im März, Gräben für neue Breitbandkabel auszuheben. Rund 1600 Haushalte sollen dort eine schnelle Internetverbindung erhalten. Auch Unternehmen wie der Hafen Mukran gehören dazu. Bis Ende 2018 soll es in M-V nahezu flächendeckend möglich sein, Daten in einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) zu übertragen. Derzeit kann das nur etwas mehr als die Hälfte der Haushalte, wobei die Unterschiede zwischen Stadt und Land sehr groß sind. Fördermittel von rund 1,3 Milliarden Euro stehen in den nächsten drei Jahren für den Breitbandausbau bereit.

Die Qualität der Internetverbindung ist nicht nur für Jüngere wichtig. Mehr als die Hälfte aller über 60-jährigen Bundesbürger sind heute bereits online. Fast jeder Vierte von ihnen klickt sich täglich ein, 41 Prozent gehen online shoppen.

Auch für die medizinische Versorgung dürfte das Internet zunehmend wichtiger werden. Es ersetzt zwar keinen Arzt, aber Routinechecks könnten künftig online erfolgen. Daten könnten übers Internet in die Praxis geschickt werden. Dort kann der Arzt sie prüfen und entscheiden, ob sich der Patient auf den Weg in die Praxis machen muss. 87 Prozent aller Internet-Nutzer unter den Senioren versenden und empfangen E-Mails, 86 Prozent suchen online nach Informationen.

Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung

Medienausschuss M-V konstituierte sich

Marleen Janew erneut Vorsitzende / Es gibt drei Fachausschüsse

Ende März konstituierte sich der neue Medienausschuss Mecklenburg-Vorpommern, das Entscheidungsgremium der Medienanstalt MV, in Schwerin für seine sechste Amtszeit von 2017 bis 2022. Ihm gehören elf Mitglieder an, die in unserem Bundesland beheimatete Organisationen vertreten. Die sechs Frauen und fünf Männer entscheiden u. a. über Angelegenheiten des privaten Hörfunks und Fernsehens in M-V, über Frequenz-Zuweisungen sowie über die Förderung von Medienbildung und Medienkompetenz in unserem Bundesland.

Die Mitglieder des neuen Medienausschusses sind: Dr. Christian Berkenkopf von der Propstei der Katholischen Kirche in Vorpommern (Erzbistum Berlin), Christina Hömke von der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Diana Markiwitz (ver.di Bezirk Schwerin), Marleen Janew (Deutscher Journalistenverband), Jörg Velten (Künstlerbund / Verband Deutscher Schriftsteller), Angela Preuß (IHK zu Schwerin), Dr. Reinhard Dettmann vom Städte- und Gemeindetag, Katrin Kauer vom Bauernverband, Dr. Wolfgang Kraatz vom Tourismusverband, Petra Willert von der Verbraucherzentrale und Torsten Haverland vom Landessportbund.

Zur Vorsitzenden des Medienausschusses wurde Marleen Janew (67) wiedergewählt, ihre Stellvertreter sind Jörg Velten und Angela Preuß. Es gibt drei Fachausschüsse. ■

Hilfe bei der Selbsthilfe

Ein Trainingsprogramm für mehr Lebensfreude im Alter und gegen depressive Verstimmung hat die Psychotherapeutikerin Christine Lechner im Auftrag der Caritas München aufgestellt. Darin bietet sie Hilfe bei der Selbsthilfe an und zeigt Wege auf, wie sich Spiritualität und psychische Gesundheit als zusammengehörig betrachten lassen. Die Publikation „Balance – für mehr Lebensfreude im Alter“ umfasst 96 Seiten und kostet im Buchhandel 15,50 Euro. Beigelegt ist eine Audio-CD mit Liedern und Entspannungsübungen. (ISBN 978-3-7841-1916-8.) ■

Tipps fürs Netz

Im Internet gibt es eine Seite www.silver-tipps.de .Sie bietet nicht nur Tipps, wie man online sicher ist. Unter den Stichworten „Themen“ und „Wie funktioniert...?“ erklärt sie Vieles zu Smartphones und Computern. So erfährt man, welche Dateiformate es gibt. Die Dateiendungen „jgp“ oder „jpeg“ kommen zum Beispiel hauptsächlich bei Bildern vor. Der Computer erkennt daran, wie er die Datei öffnet. Fotos, die man mit dem Handy oder der Digitalkamera aufnimmt, sind standardmäßig in diesem Format gespeichert. ■

Was steckt hinter dem Enkeltrick? (I)

Von Diplom-Kriminalist Stephan Lack (Greifswald), Kriminalhauptkommissar a. D.

„Das könnte mir nie passieren!“ Angehörige der Opfer und auch Polizeibeamte reagieren häufig mit Unverständnis auf das Phänomen „Enkeltrick“. Wirklich nicht? Nehmen wir als Beispiel den Telefon-Spaßvogel Leif Tennemann von *NDR 1, Radio MV*. Seine Hörer hatten ihn über Verwandte, Freunde oder Kollegen informiert, die der Meinung waren; sie würden auf die harmlosen Späße von Tennemann nie hereinfallen. Tennemann schlüpfte am Telefon in unterschiedliche Rollen, unter anderem als falsche Amtsperson. Niemand der Angerufenen hat ihn erkannt. Die Betroffenen mussten ihre Meinung revidieren. Falsche Amtspersonen sind aber schon die Weiterentwicklung des ursprünglichen Enkeltricks.

Wer hat den Trick erfunden? Was ist daraus geworden?

Spiegel online und andere überregionale Print- und Online-Medien meldeten am 21. März 2017: „In Warschau hat die polnische Polizei den mutmaßlichen Kopf der Enkeltrick-Mafia, Arkadiusz ‚Hoss‘ Lakatosz, wieder festgenommen. Die Polizei in Österreich verdächtigt ihn, in Deutschland, Österreich und der Schweiz erhebliche Geldsummen von Senioren erbeutet zu haben. ‚Hoss‘ war 2001 nach Polen geflohen und hatte sich dort jahrelang der Justiz entzogen. 2014 wurde er schon einmal festgenommen, kam aber wieder frei – gegen 120.000 Euro Kaution. Im Februar nahm die polnische Polizei ‚Hoss‘„ wieder fest, der Haftrichter ließ ihn aber gegen 70.000 Euro Kaution wieder frei, weil er angeblich krank war. Wegen Verstoßes gegen die Auflagen wurde er nun erneut verhaftet. Österreich hatte einen europäischen Haftbefehl gegen den Chef des Roma-Clans erwirkt.“

Wer hat das Phänomen erfunden? Diesmal nicht die Schweizer. Die Entstehung des Enkeltricks beschrieb die Schweizer Zeitung *Die Weltwoche* 14/2012 so:

„Es war an einem Tag Ende 1999 in Hamburg, als Arkadiusz Lakatosz wieder einmal bei älteren Leuten anrief, um ihnen ein wertloses Stück Plastik als teuren Orientteppich anzudrehen. Es ist eine der Maschen, mit denen die Familie, die seit den achtziger Jahren in Deutschland aktiv ist, Rentner um ihr Geld bringt. Der Greis, der abnimmt, will aber nicht glauben, dass ein befreundeter Teppichhändler dran ist: ‚Erzähl doch keinen Blödsinn, Jürgen. Ich weiß, dass du es bist.‘ Also ließ Arkadiusz Lakatosz den Teppich weg und spielte mit. Jürgen, der Enkel in Geldnöten, war geboren und mit ihm der Enkeltrick. In den nächsten Monaten perfektioniert Lakatosz die Masche, zusammen mit seinem Bruder Adam. Zu Beginn sitzen sie in einer Wohnung und rufen Menschen an, die in der Nähe wohnen. Inzwischen operieren sie nur noch grenzüberschreitend.“

Enkeltricktaten gibt es mittlerweile nicht nur in Deutschland, Österreich und der Schweiz, sondern in fast ganz Europa und teilweise auch in den USA. Das mafiös strukturierte internationale Netzwerk besteht aus etwa 1000 bis 2000 Personen, die nahezu alle den gleichen Familiennamen wie die „Erfinderfamilie“ aus Hamburg tragen. Auch wenn sie nicht den gleichen Namen haben, lässt sich der verwandtschaftliche Zusammenhang meist nachvollziehen, wenn man sich mit den Täterstrukturen beschäftigt. Sie sind weit verzweigt und komplex, denn Cousins heiraten Cousinen, der Onkel ist oft auch der Schwager. Es sind mit den Jahren professionelle und justizerfahrene Täter, die ihre Taten ständig perfektionieren. In Deutschland festgenommene Tatverdächtige werden fast immer von denselben Rechtsanwaltskanzleien vertreten.

Enkeltrick gehört zu den Kriminalitätsformen, die mit den gängigen polizeilichen Konzepten nicht wirksam zu bekämpfen sind. Die Taten werden in wechselnder Zusammensetzung und an täglich wechselnden Tatorten begangen. Örtliche Schwerpunkte gibt es nicht. Häufig haben die Tätergruppen auch keinen Wohnort im Bundesgebiet. Die perfide Vorgehensweise unter Ausnutzung der Schwachstellen von Polizei und Justiz ist aus Sicht dieser Tätergruppe ein Erfolgsrezept. Auch wenn tägliche Pressemeldungen von gescheiterten Versuchstaten den Eindruck vermitteln, die Polizei hätte alles im Griff, steigt die Zahl der erfolgreichen Taten und die Gesamtbeute seit Jahren, nicht nur in Deutschland.

Längst haben auch andere Tätergruppen diese Schwachstellen erkannt und nutzen sie konsequent aus. Hinter den bundesweit registrierten Straftaten im Zusammenhang mit „Gewinnversprechen“ steht eine Vielzahl von Callcentern in der Türkei. Diese Straftaten zielen alle auf das zunehmende Opferpotenzial alter Menschen ab, zu denen wir auch irgendwann gehören. Der Enkeltrick vereint eine Vielzahl der Probleme und ist auch deshalb ein ideales Beispiel, weil die beteiligten Täter und ihre Vorgehensweise seit Jahren bekannt sind und die Polizei mit herkömmlichen Ermittlungsmethoden an ihre Grenzen stößt.

Fortsetzung auf Seite 24

Projekt Seniorensicherheitsberater wird finanziert durch:

PROVINZIAL

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

Fortsetzung von Seite 23

Struktur und Arbeitsweise bei Enkeltrickanrufen

Die Festnahme des Clanchefs im März in Warschau bedeutet natürlich keineswegs das Ende des Telefonbetrugs. Andere Clanmitglieder haben längst die Führung übernommen. Die Größe der streng hierarchisch organisierten „Familie" erlaubt den Zugriff auf ein schier unerschöpfliches Personenreservoir.

Grundsätzlich ist die Tätergruppe bemüht, ständig neue Täterinnen und Täter als „Abholer" einzusetzen, die bisher nicht polizeibekannt sind. So wurden Verwandte aus Schweden oder Italien in Deutschland festgenommen, eine Täterin in der Schweiz stammte aus Frankfurt am Main. In Deutschland agierende Täter reisen zum großen Teil auch nur zur Begehung dieser Taten nach Deutschland ein. Das erbeutete Geld wird dann schnellstmöglich nach Polen verbracht. Europol hat dieses Netzwerk als organisierte Kriminalität eingestuft. Aus diesem großen Täterkreis finden sich die zur Durchführung der Taten notwendigen Beteiligten in immer wieder neuen Konstellationen zusammen. Sie besetzen die Funktionen Anrufer, Logistiker, Vermittler, Fahrer, Observant, Abholer.

Die Funktion des Anrufers erfordert besondere rhetorische und sprachliche Fähigkeiten. Da gibt es die sehr erfolgreichen, bei denen sich die Mittäter aufdrängen, und die weniger erfolgreichen, die sich ihre Mittäter suchen müssen. Gleiches gilt aber auch für die anderen Funktionen. Ein Fahrer muss sich gut in fremden Städten zurechtfinden, ein Observant eine gewisse Sensibilität haben, um Aktivitäten der Polizei frühzeitig zu erkennen. Und die einzige Person, die zur Abholung des Geldes dem Opfer gegenübertritt, muss einen vertrauenswürdigen Eindruck machen. Die Anrufe bei potentiellen Opfern kommen fast ausschließlich aus einem Callcenter-ähnlichen Büro in Polen. Einem „erfolgreichen" Anruf aus Tätersicht gehen oft hunderte von fehlgeschlagenen Anrufen voraus. Chef ist immer der Anrufer, auch Keiler genannt. Er arbeitet zusammen mit seinem Logistiker im Callcenter und beginnt sein kriminelles „Tagewerk" mit Öffnung der Banken. Von Telefon-CD oder aus dem Internet wählt er mit Filterfunktion den Wohnort, Straße, Geschlecht und anhand des alten Vornamens das mögliche Alter des Opfers aus. Er übernimmt in der Regel die Auswahl der Stadt samt „Speckgürtel" und bekommt später die Hälfte der Tatbeute.

Sein Abholer-Team reist in Abhängigkeit seines momentanen Aufenthalts bereits am Vortag oder am frühen Morgen des Tattages oft über mehrere hundert Kilometer an den Tatort, mietet sich entweder in bekannte Hotelketten ein oder hält sich bis zu seinem Einsatz in Cafés, Spielotheken oder Kaufhäusern auf.

Der Anruf beginnt, natürlich ohne Namensnennung und mit der Absicht, im Laufe des Gesprächs dem Opfer den Namen eines Angehörigen zu entlocken („Rate mal, wer dran ist" oder: „Was, du erkennst mich nicht?"). Oft sind die alten und vereinsamten Menschen über einen Anruf eines vermeintlichen Familienangehörigen sehr erfreut und geben dementsprechend bereitwillig Auskunft. Sehr schnell kommt das Gespräch auf eine vorgetäuschte finanzielle Notlage, bei der das Opfer vorübergehend aushelfen soll, zum Beispiel Wohnungs- oder Autokauf.

Durch seine rhetorischen Fähigkeiten verschafft sich der Anrufer einen Überblick über die Vermögensverhältnisse und fordert anschließend meist die gesamten Ersparnisse. Immer erfolgt der eindringliche Hinweis, beim Bankbesuch nichts über den Verwendungszweck der abgehobenen Ersparnisse preiszugeben. Im Erfolgsfall bestellt der Logistiker, meist parallel zum Anruf, ein Taxi, das das Opfer zur Bank und wieder zurück bringt. Zeitgleich bringt er das Abholer-Team in Position.

Das Opfer wird auf dem Weg zur Bank und zurück nach Hause von einem Täter aus dem Abholer-Team observiert. Der zweite Täter verbleibt in unmittelbarer Nähe des Wohnanwesens, um eventuelle polizeiliche Aktivitäten frühzeitig zu erkennen. Jeder im Abholer-Team hat mindestens zwei Mobiltelefone für Kontakte untereinander und zum Callcenter, deren polnische Prepaid-SIM-Karten ständig gewechselt werden. Prepaid-SIMKarten sind in Polen anonym frei verkäuflich.

Nach Rückkehr des Opfers erfolgt sofort der Anruf aus dem Callcenter. Jetzt wird mitgeteilt, dass der Verwandte nicht selbst, sondern ein Beauftragter das Geld abholt. Sobald der Abholer in der Wohnung auftaucht, erfolgt ein weiterer Anruf. Zur Vertrauensbildung und Verwirrung wird das Opfer vom Anrufer angewiesen, sich für die Geldübergabe eine Quittung ausstellen zu lassen. Mit dieser Stresssituation, dem Klingeln an der Tür und dem Anruf des vermeintlichen Angehörigen, sind die Opfer regelmäßig überfordert. Erst wenn das Opfer wieder zur Ruhe kommt, wird der Betrug bemerkt. Teilweise entfällt der Weg zur Bank für das Opfer, weil es unverhältnismäßig hohe Geldsummen zu Hause aufbewahrt. Aus Tätersicht eine außerordentlich günstige Situation.

Am 22. Februar 2017 gegen 11:30 Uhr wurde ein Rentnerehepaar (75 und 79 Jahre alt) in einem Dorf bei Waren (Müritz) durch einen unbekannten Mann angerufen, welcher sich als Enkel ausgab und finanzielle Unterstützung in Höhe von 24.000 Euro benötigte. Da der unbekannte Mann nicht selbst bei den Rentnern erscheinen konnte, sollte die Übergabe an eine Frau erfolgen. Diese traf gegen 13 Uhr bei den Geschädigten ein, und es erfolgte die Übergabe des Geldes. Nachdem die 24.000 Euro den Besitzer gewechselt hatten, kamen dem Ehepaar Zweifel und es erstattete Strafanzeige bei der Polizei.

Es sind an jedem Werktag eine Vielzahl von Abholerteams in Deutschland, Österreich, der Schweiz sowie europaweit unterwegs! Wenn also heute in Greifswald die Telefone bei Senioren heiß laufen, sind die Teams morgen schon hunderte Kilometer weiter.

Abnahme intellektueller Fähigkeiten lässt Ältere zu Opfern werden

Die Problematik dieser gezielten, gegen alte Menschen gerichteten Kriminalität liegt darin, dass mit zunehmendem Alter auch die geistigen Fähigkeiten nachlassen. Dies ist ein sehr schleichender und häufig kaum wahrnehmbarer Prozess. Es ist auch nicht zwingend eine schleichende Demenz, die jemanden zum Opfer werden lässt, sondern möglicherweise der Verlust der „Multitasking-Fähigkeit".

Die Opfer vollendeter Taten können in dem Moment des Anrufes nur noch auf die momentane Situation reagieren, sind aber nicht mehr in der Lage, das zu dieser Situation gespeicherte Wissen abzurufen. So gibt es durchaus Opfer, die sehr wohl aus den Medien von dieser Betrugsform wussten. Erst nach Abklingen der von den Tätern heraufbeschworenen Stresssituation fällt ihnen plötzlich ein, dass sie gerade Opfer einer solchen Tat geworden sind.

Selten sind Opfer jünger als 75 Jahre, meist über 80 und Frauen, weil die Lebenserwartung der Männer kürzer ist. Die Kriminalisten von heute und ihre Hinterbliebenen könnten die Opfer von übermorgen sein. Denn es sind nicht die Dummen, die über Sparvermögen in zum Teil beträchtlicher Höhe verfügen. Es sind die alten Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und nun nicht mehr in der Lage sind, sich selbst gegen solche Taten zu schützen. Im Unterschied zu den Opfern anderer Kriminalitätsphänomene dieser Zeit haben wir es hier mit Opfern zu tun, die sich in erster Linie selbst die Schuld geben und sich nicht beschweren.

Genauso sicher, wie jüngere Menschen nicht Opfer dieser Taten werden, erscheint inzwischen, dass wir alle diesen Zustand fehlender Multitasking-Fähigkeit erreichen, wenn wir nur alt genug werden. Dank der Fortschritte der Medizin wird der Anteil der Bevölkerung, der das entsprechende Alter erreicht, fortwährend größer und damit auch die Zahl potentieller Opfer. Zumindest bei den Opfern sind die Grenzen der Prävention erreicht, die zwar von den Straftaten wissen oder wussten, aber dennoch nicht verhindern können, dass sie darauf hereinfallen.

Der Umstand, dass das Verhältnis zwischen versuchten und vollendeten Taten durch massive Aufklärung der Bevölkerung verändert wird, ist kein Beleg dafür, dass Taten verhindert wurden. Das Landeskriminalamt M-V geht zwar für 2016 von etwa 98 Prozent fehlgeschlagener Enkeltrick-Anrufe aus. Das LKA kann natürlich nur die der Polizei bekannt gewordenen Fälle zählen, das so genannte Hellfeld der Taten. Vieles wird der Polizei aber nicht bekannt, bleibt im Dunkeln, das so genannte Dunkelfeld.

Dies erlebe ich immer wieder. Einerseits erfahre ich bei fast jedem meiner Vorträge vor Senioren von Anrufen, die nicht gemeldet wurden; andererseits ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass es Opfer gibt, die aus falschem Schuldbewusstsein und / oder aus Scham eine Enkeltricktat nicht anzeigen und auch vor ihren Angehörigen verheimlichen.

Fortsetzung im nächsten „Seniorenkurier"

Superfood – aus Übersee stammende Früchte

Werbung für Chia-Samen, Goji- und Aroniabeeren – Skepsis und Vorsicht sind geboten

Superfood – das ist die Bezeichnung für Lebensmittel, denen in den Medien allerhand gesundheitsfördernde Eigenschaften zugeschrieben werden. Zu ihnen gehören häufig aus Übersee stammende Früchte, Samen oder andere Pflanzenteile, wie Chia, Goji, Moringa, Baobab oder Aronia. Die Werbung für Superfood verspricht einen hohen Gehalt an wertvollen Inhaltsstoffen.

Vor allem im Internet, aber auch in Zeitschriften werben Anbieter damit, dass Superfood beispielsweise das Krebsrisiko reduzieren kann, das Immunsystem stärkt oder beim Abnehmen hilft. Der gesundheitliche Zusatznutzen ist wissenschaftlich meist nicht nachgewiesen. In der Europäischen Union

verbraucherzentrale
Mecklenburg-Vorpommern

dürfen Gesundheitsversprechen zu Lebensmitteln oder deren Inhaltsstoffen nur dann gemacht werden, wenn sie von der Europäischen Gesundheitsbehörde EFSA zugelassen wurden.

Im Folgenden werden beispielhaft drei Superfoods beschrieben:

Chia-Samen

Chia ist eine einjährige krautige Pflanze, die ursprünglich aus Mexiko stammt, inzwischen aber in Mittel- und Südamerika, Südostasien und Australien angebaut wird. Ihre Samen sind oval, einen bis zwei Millimeter groß, schwarz, weiß oder grau, und liefern Eiweiß, Ballaststoffe und wertvolle mehrfach ungesättigte Fettsäuren. Chia-Samen kommen roh oder getrocknet sowohl im Ganzen als auch gemahlen zum Einsatz. In der Europäischen Union wurden sie 2009 erstmalig für die Herstellung von Brot zugelassen. Inzwischen dürfen die Samen auch als eigenständiges Lebensmittel, als Zutat (z. B. für Müslis oder Backwaren) sowie verarbeitet zu kalt gepresstem Chia-Öl verkauft werden. Außerdem wird Chia in Kapselform als Nahrungsergänzungsmittel angeboten.

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

Werbung: Chia-Samen sollen zum Beispiel die Verdauung fördern, Gelenkschmerzen lindern, den Blutzucker regulieren oder beim Abnehmen helfen.
Bewertung: Bisher gibt es keine von der EFSA zugelassenen Gesundheitsversprechen zu Chia. Erlaubt für Chia-Samen und teilweise für chiahaltige Produkte sind hingegen nährwertbezogene Angaben wie „hoher Ballaststoffgehalt", „mit einem hohen Gehalt an mehrfach ungesättigten Fettsäuren" oder „Quelle von Omega-3-Fettsäuren". Bezogen auf die maximal empfohlene Zufuhr von 15 Gramm Chia-Samen pro Tag relativiert sich der Gehalt an Omega-3-Fettsäuren allerdings wieder. Mit fettreichem Fisch, den man in wesentlich größeren Mengen verzehrt, kann eine vergleichbare Menge an diesen Fettsäuren viel leichter aufgenommen werden.
Achtung: Pro Tag genügen maximal 15 Gramm Chia-Samen. Wenn ungequollene Chia-Samen verzehrt werden, sollte man aufgrund des hohen Ballaststoffgehaltes reichlich trinken. Außerdem kann es beim Verzehr von Chia-Samen zu unerwünschten Wechselwirkungen mit blutverdünnenden Medikamenten kommen.

Goji-Beeren

Die Goji-Beere ist die kleine, eiförmige, rote Frucht des asiatischen Bocksdornstrauches (auch: Gemeiner Teufelszwirn oder Chinesische Wolfsbeere). Sie schmeckt süßlich und wird vor allem getrocknet, als Pulver, als Saft, als Bestandteil von Müslis und Riegeln oder in Kapselform als Nahrungsergänzungsmittel verkauft.
Werbung: Beworben wird ihr Gehalt an Antioxidantien, B-Vitaminen und Vitamin C. Goji-Beeren sollen das Herz-Kreislauf-System unterstützen, das Immunsystem stärken, den Alterungsprozess verlangsamen oder bei Augenerkrankungen helfen.
Bewertung: Es gibt keine zugelassenen Gesundheitsversprechen zu Goji-Beeren. Betrachtet man realistische Verzehrmengen, schneidet der Vitamingehalt der Goji-Beere gar nicht mehr so besonders ab. Beispielsweise ähnelt ihr Vitamin-C-Gehalt pro 100 Gramm dem der gleichen Menge Erdbeeren oder dem von 40 Gramm Paprika. Der Verzehr von 100g Goji-Beeren ist allerdings eher unrealistisch.
Achtung: Personen, die blutverdünnende oder gerinnungshemmende Medikamente einnehmen, sollten auf Goji-Beeren in jeglicher Form verzichten. Die Beeren blockieren scheinbar den Abbau dieser Medikamente, wodurch es zu einer verstärkten Blutungsneigung kommen kann. Goji-Beeren fielen in den vergangenen Jahren durch eine hohe Belastung mit Pestiziden auf.

Aroniabeeren

Die Aroniabeere (auch: schwarze Apfelbeere) ist eine erbsengroße violettschwarze Scheinbeere. Sie stammt ursprünglich aus Nordamerika, wird aber auch in Europa angebaut. Die Früchte sind reich an Vitamin C, Eisen, Folsäure und Jod sowie an sekundären Pflanzenstoffen (vor allem Anthocyane). Aufgrund ihres herben säuerlichen Geschmacks eignet sie sich eher für die Verarbeitung als für den Frischverzehr. Aroniabeeren werden vorwiegend zu Marmelade, Saft und Pürees verarbeitet oder getrocknet. Zudem werden Nahrungsergänzungsmittel mit Aroniabeerenextrakten angeboten.
Werbung: Die Aroniabeere soll beispielsweise blutdrucksenkend wirken, Krebserkrankungen vorbeugen und heilen und sich günstig auf das Immunsystem und den Cholesterinspiegel auswirken.
Bewertung: Seit einigen Jahren wird zur Wirkung der Beeren intensiv geforscht. Aus einzelnen Studien ergaben sich Hinweise auf eine gesundheitsfördernde Wirkung. Bisher gibt es jedoch keine von der EFSA zugelassenen Gesundheitsversprechen zu Aroniabeeren. Mit dem Gehalt an Anthocyanen können Heidelbeere, Brombeere oder Rotkohl mithalten.

Fazit:

Grundsätzlich spricht nichts gegen den Verzehr von Superfood in Form von Beeren, Samen in frischer, getrockneter oder pürierter Form. Allerdings besteht bei solchen exotischen Lebensmitteln ein gewisses Risiko, dass es zu Überempfindlichkeitsreaktionen oder Allergien kommt. Teilweise sind auch die Wechselwirkungen mit Medikamenten zu beachten. Besondere Vorsicht ist beim Verzehr von Superfood in Form von Konzentraten / Extrakten (in Nahrungsergänzungsmitteln) geboten. Was als Lebensmittel in normalen Mengen unproblematisch ist, kann durch die Aufkonzentrierung bestimmter reizender oder giftiger Stoffe bedenklich für die Gesundheit sein.
Superfoods können zwar für eine Abwechslung im Speiseplan sorgen, notwendig für eine gesunde, abwechslungsreiche Ernährung sind diese Lebensmittel jedoch nicht. Denn nach dem derzeitigen Stand der Forschung gibt es in der Regel keine Nachweise für die angepriesenen Wirkungen. Heimisches Gemüse und Obst haben ebenfalls eine Vielzahl an wertvollen Inhaltsstoffen zu bieten und ist zudem preiswerter.

Sandra Reppe
Projekt Lebensmittel und Ernährung
der Verbraucherzentrale
Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Neue Adresse

Pflege Stützpunkt Hansestadt Rostock
Neutrale Pflegeberatung und Unterstützung

Die Außenstelle des Pflegestützpunktes in der Südstadt der Hansestadt Rostock ist umgezogen. Sie befindet sich jetzt im neuen Gesundheitszentrum in der Erich-Schlesinger-Straße 28, 18059 Rostock.

Bluthochdruck ist heimtückisch

Viele ältere Betroffene befinden sich in einer „Gesundfühlfalle“ – Teil II

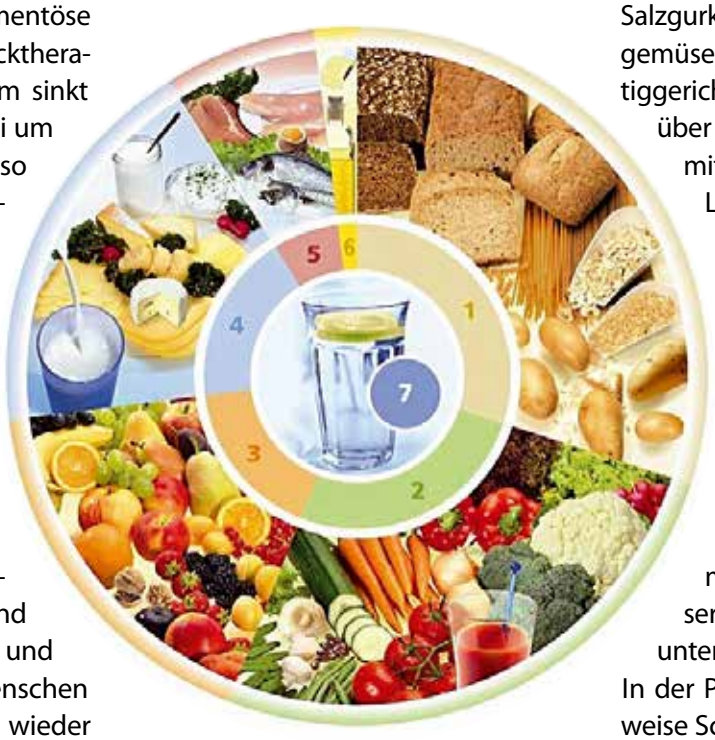
Menschen die unter Bluthochdruck leiden, sind an der Behandlung aktiv beteiligt: So können, neben Maßnahmen wie Stressabbau, Sport oder der Verzicht auf Zigaretten, gerade auch durch einen ernährungsbewussten und aktiven Lebensstil die Blutdruckwerte positiv beeinflusst werden.

Übergewicht zu reduzieren ist dabei die wichtigste nichtmedikamentöse Maßnahme in der Hochdrucktherapie. Pro verlorenem Kilogramm sinkt der systolische Blutdruck dabei um etwa 1 mmHg. Es können so also blutdrucksenkende Medikamente eingespart oder bei nur leichten Blutdruckerhöhungen diese ganz vermieden werden.

Bei der Gewichtsabnahme gilt allerdings: Schnelles Abnehmen durch spezielle Diäten oder Fasten ist eher ungünstig: Erstens wird dabei der tägliche Bedarf an Grundnahrungsstoffen, Mineralien und Vitaminen meist nicht gedeckt und zweitens nehmen viele Menschen die verlorenen Pfunde gleich wieder zu (Jo-Jo-Effekt). Es ist effektiver, die persönlichen Essgewohnheiten unter die Lupe zu nehmen und die Ernährung dauerhaft umzustellen. Dies beinhaltet möglichst viel Obst und vor allem Gemüse sowie ballaststoffreiche Nahrungsmittel wie Kartoffeln, Vollkornbrot und Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen, Mais etc.) in den Speiseplan einzubauen und ein Zuviel an gesättigten Fettsäuren aus Fleisch und Wurst zu vermeiden. Bevorzugt werden sollten vor allem ungesättigte Fettsäuren aus Fisch, Nüssen und Pflanzenölen.

Empfohlen wird außerdem gerade Personen mit Bluthochdruck die Kochsalzaufnahme auf maximal sechs Gramm pro Tag zu beschränken. Wir nehmen aber mit unserer üblichen Nahrung im Durchschnitt viel mehr Salz auf.

Wer über 45 Jahre alt ist und als „salzempfindlich“ gilt, für den ist der Gewinn durch salzreduzierte Ernährung sogar größer als bei jüngeren und nicht-salzempfindlichen Bluthochdruckpatienten. Diese „Empfindlichkeit“ ist dabei genetisch bedingt. Etwa 50 Prozent aller Hypertoniker sind salzempfindlich.



DGE-Ernährungskreis

Das bedeutet, die Hälfte der Bluthochdruck-Patienten profitiert von einer salzreduzierten Ernährung. Wer das ist, lässt sich aber nicht durch einfache Tests feststellen, weshalb die Fachgesellschaften für alle Hypertoniker Zurückhaltung beim Salzen empfehlen. Wer wissen möchte, ob er oder sie selbst „salzempfindlich“ ist, kann dies in einer dreiwöchigen Versuchsphase mit salzarmer Diät und täglich mehrmaligem Blutdruckmessen prüfen.

Übrigens: Ein weiterer Grund für die Empfehlung Salz zu reduzieren ist auch, dass dies den Effekt der meisten blutdrucksenkenden Medikamente verbessert.

Zu beachten ist bei einer salzarmen Ernährung, dass weniger als ein Viertel des aufgenommenen Salzes aus dem Salzstreuer stammt. Der größte Teil kommt aus prozessierten Lebensmitteln; vor allem aus Brot, allen Arten von geräucherten und gepökelten Fleisch und Fischwaren wie z. B. Schinken roh und gekocht, Salami, Salzheringe, Matjes, Fischkonserven, aber auch Käse (vor allem Hartkäse), Sauerkraut, Salzgurken, Oliven, eingelegtes Essiggemüse, fertige Salatsaucen und Fertiggerichte. Diese liegen alle bei oder über 1 g Kochsalz pro 100 g Lebensmittel.

Lebensmittel, welche maximal 0,3 g Kochsalz pro 100 g Lebensmittel haben und damit als salzarm gelten, sind Milch, Joghurt, Quark, Ei, frisches Fleisch, Geflügel, Wild, frischer Fisch, Nudeln, Reis, Getreideflocken, Kartoffeln (am besten Pellkartoffeln), frisches und tiefgekühltes Gemüse, Obst und Mineralwasser mit einem Natriumgehalt von unter 100 mg/kg.

In der Praxis bedeutet dies beispielsweise Schnittkäse durch Kräuterquark oder geräucherten durch gegrillten, unmarinierten Fisch zu ersetzen. Statt Fertigprodukte zu verzehren, sollte idealerweise selbst gekocht und dabei frische Kräuter statt Salz verwendet werden.

Auch regelmäßiger Alkoholkonsum erhöht den Blutdruck. Schon der tägliche Genuss von zwei Flaschen Bier kann ausreichen, um den systolischen Blutdruckwert um 10 mmHg ansteigen zu lassen. Genießen Sie deshalb Alkohol nur in Maßen. Alkoholreduzierte oder alkoholfreie Weine und Biersorten bieten eine Alternative. Wer übergewichtig ist, sollte wissen, dass Alkohol sehr kalorienreich ist.

Deutsche Gesellschaft
für Ernährung e. V.
Sektion Mecklenburg-Vorpommern

Neu: Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik

Eine Gesellschaft für alle Lebensalter – unter diesem Motto wurde vor 15 Jahren in Madrid der Zweite Weltaltenplan der Vereinten Nationen verabschiedet. Die Mitgliedsstaaten der UNECE, zu denen auch Deutschland gehört, überprüfen in diesem Jahr den Stand der Umsetzung der Empfehlungen von 2002. Zudem beteiligt sich Deutschland an einer internationalen Debatte darüber, wie die Menschenrechte älterer Menschen zukünftig gestärkt werden können.

Dazu hat im April in Bonn die Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik bei der BAGSO ihre Arbeit aufgenommen. Sie informiert über die genannten und weitere Entwicklungen und bringt als Schnittstelle die Interessen der Zivilgesellschaft und besonders der älteren Menschen in die internationalen Prozesse ein. Dies geschieht u. a. durch Publikationen und Veranstaltungen und wird als zweijähriges Projekt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die Leitung der Geschäftsstelle hat die Diplom-Soziologin Silke Leicht. ■

Goldener Internetpreis für 2017

Zwölf Millionen Menschen über 60 Jahre sind online aktiv. Viele von ihnen wünschen sich beim Umgang mit den neuen Kommunikationstechnologien kompetente Unterstützung. Bereits zum fünften Mal loben mehrere Partner aus den Bereichen Seniorenarbeit und Technologie den Goldenen Internetpreis aus. Der Wettbewerb wendet sich an Seniorinnen und Senioren, die als Internetlotsen für andere Ältere aktiv sind, sowie an innovative Mehrgenerationen-IT-Projekte. Erstmalig werden in diesem Jahr auch tatkräftige Gemeinden und Kommunen angesprochen, die nutzerorientierte Internetangebote für und mit Senioren anbieten.

Bis zum 15. August 2017 können sich engagierte Personen, Initiativen, Vereine und Kommunen auf der Website www.goldener-internetpreis.de selbst bewerben oder vorgeschlagen werden. Eine Jury, bestehend aus Fachleuten und ehemaligen Preisträgerinnen und Preisträgern, legt die Gewinner in drei Kategorien fest. Außerdem verleiht die Deutsche Telekom, als ein Partner des Wettbewerbs, den Sonderpreis „Ideen wachsen lassen". Die BAGSO, Deutschland sicher im Netz e. V., Wege aus der Einsamkeit e. V., die Deutsche Telekom, Google Deutschland und SAP Deutschland loben den Goldenen Internetpreis aus. Schirmherr ist Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière. Die Auszeichnung erfolgt am 22. November in Berlin; die Preise machen einen Wert von 20 000 Euro aus. ■

Verbraucherschlichtung als Chance

Konflikte gehören zum Leben dazu – auch in einer Pflegeeinrichtung. Diese können oft belastend sein, weil sich die Bewohnerinnen und Bewohner der Situation nicht entziehen können. Wenn es bei einer vertraglichen Meinungsverschiedenheit keine einvernehmliche Lösung gibt, können Pflegeheimbewohner vor Gericht gehen – ein mitunter langes, aufwändiges und teures Verfahren. Eine Alternative ist die außergerichtliche Schlichtung. Darüber informiert eine neue Broschüre, die die BAGSO in Zusammenarbeit mit der Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen (BIVA) herausgegeben hat.

„In dem neuen Schlichtungsverfahren sehen wir die Chance, Konflikte durch das Mitwirken eines neutralen Dritten zu entschärfen", sagte BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering. „Wir werden uns dafür stark machen, dass die Broschüre große Verbreitung findet." Heiko Maas, Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, hob hervor: „Die Broschüre fußt auf den Erfahrungen des Alltags." Bundesseniorenministerin Manuela Schwesig erklärte: „Die Möglichkeit, eine Schlichtungsstelle anzurufen, ist ein wichtiges Angebot für Verbraucherinnen und Verbraucher. Aufgrund ihres häufig hohen Lebensalters sind sie an schnellen und niedrigschwelligen Problemlösungen interessiert.

Die Broschüre kann kostenfrei bestellt werden: bei BAGSO e.V., Thomas-Mann-Straße 2 – 4, 53111 Bonn; Fax: 0228 / 24 99 93 20; bestellungen@bagso.de; www.bagso.de oder bei BIVA e.V., Siebenmorgenweg 6 – 8, 53229 Bonn; Fax: 0228 / 90 90 48-22; info@biva.de; www.biva.de.

Außerdem als pdf zum Download unter www.bagso.de/publikationen.html. ■

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Bundestagsabgeordneter war zu Gast

Der Vorstand des Kreisseniorenbeirats Ludwigslust-Parchim lud zu seiner Mitgliederversammlung im April als besonderen Gast Frank Junge ein, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion; im Kreistagssaal (Solitär) des Landratsamts in Parchim stellte er sich den Fragen der Mitglieder. Der Themenbogen spannte sich von der Verfügbarkeit von Arztpraxen über Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr und Bildungsfragen zu Problemen der inneren Sicherheit. Besonders beim letztgenannten Punkt waren sich alle einig: Die Abstimmung von Bundes- und Landesbehörden sollte zügiger und vor allem koordinierter geschehen.

Persönliche Erfahrungen der Beiratsmitglieder, zum Beispiel bei der Ausgabe von Generika in Apotheken, bei langen Entfernungen zu kulturellen Veranstaltungen oder bei Bildungsangeboten, zeigten aktuelle Probleme auf und sorgten für eine offene und verständnisvolle Atmosphäre. „Ich werde Ihre berechtigten Sorgen und Anregungen in meine Fraktion nach Berlin mitnehmen", sicherte der Parlamentarier zu. Zur Versorgung

Die Mitglieder des Kreisseniorenbeirats und Bundestagsabgeordneter Frank Junge (3.v.r.) Foto: Jana Haack

mit Medikamenten auf dem Lande äußerte er sich dahingehend, dass Versandapotheken, deren Medikamente in zwei bis drei Tagen vor Ort sind, eine Alternative zu fehlenden Apotheken im ländlichen Raum sein könnten. Die Begegnung auf Augenhöhe sei stets wichtig, unabhängig davon, ob es um die Verbesserung der Barrierefreiheit, um Bewertungen durch die Denkmalpflege oder um die gleichberechtigte Existenz kleiner Gemeinden und Städte geht, betonten die Mitglieder des Seniorenbeirats.

Ilona Mundt-Schalk, Vorsitzende des Kreisseniorenbeirats, und Anett Nuklies, Koordinatorin des Kreisseniorenbeirats aus dem Büro für Chancengleichheit des Landkreises, dankten dem Gast für den abwechslungsreichen und interessanten Meinungsaustausch. Nach dem Mittagstisch erhielten die Vertreter der örtlichen Seniorenbeiräte Informationen durch die Vorstandsmitglieder zu aktuell politischen Themen, neuen Projekten sowie Terminen in den kommenden Wochen. Beispielsweise entsteht noch in diesem Jahr eine Broschüre zum Thema „Seniorensicherheit". Die Finanzierung erfolgt über den Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern sowie den Landkreis. Außerdem wurde der Internetauftritt des Kreisseniorenbeirats im Portal des Landkreises (http://www.kreis-lup.de/leben-im-landkreis/jugend-familie-senioren/senioren/) erweitert. Hier finden Interessierte die Termine und Themen der geplanten Veranstaltungen für 2017.

bth/anu

Die älteren Einwohner werden nicht vergessen

Witzin gehört zum Landkreis mit der geringsten Bevölkerungsdichte in unserem Bundesland. Lebten hier 1990 noch 601 Einwohner, so waren es Ende 2016 nur noch 456. Dafür macht der „Verein Dörpschaft" mit vielen Aktivitäten für alle Generationen auf sich aufmerksam. Er besteht seit 1996, und sein Vorsitzender Willfried Thomä (69) berichtet dem Newsletter „Erfahrung ist Zukunft – Impulse für die Generation Plus", herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: „Bei allem Engagement für die Jungen haben wir unsere älteren Einwohner nicht vergessen. Für diese ist Mobilität ohne eigenen Pkw ein zentrales Anliegen. Einmal pro Woche fährt der Mannschaftsbus der Freiwilligen Feuerwehr in das etwa sieben Kilometer entfernte Sternberg. Die Leute können so zum Arzt gehen und Einkäufe machen."

Das Angebot werde gut angenommen. „Neun Mann passen in den Bus, sechs bis sieben sitzen meist drin." Geht es nach dem Vorsitzenden der „Dörpschaft", in der oft nur Plattdeutsch gesprochen wird, dann werden in Zukunft noch mehr Vorhaben verwirklicht. „Wir haben vor einem Jahr diskutiert, inwieweit wir Betreutes Wohnen aufbauen wollen", sagt er. Im Moment gebe es zwar Schwierigkeiten, einen Investor zu finden. „Aber das ist nach wie vor eine Geschichte, an der wir dranbleiben.

Nach Auszeichnungen durch das „Netzwerk Nachbarschaft" Hamburg und dem dritten Platz im Landeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden – unser Dorf hat Zukunft" erhielt die „Dörpschaft" im Dezember 2016 den Deutschen Engagementpreis. Willfried Thomä nennt ihn den „Oscar unter den Ehrenamtspreisen". ■

HANSESTADT ROSTOCK

„Bonus-Oma“ ist ein Teil der Familie

Mit einer stürmischen Umarmung und einem strahlenden Lächeln fällt Emma ihrer Oma Inge um den Hals. Das ist nicht selbstverständlich, denn das sechsjährige Mädchen und die Seniorin sind nicht verwandt. Zusammengebracht wurden sie vor fast zwei Jahren durch das Projekt Großeltern-Paten des Rostocker Seniorenbeirats.

„Wir wurden von Älteren oft angesprochen, weil ihnen zu Hause die Decke auf den Kopf fällt und sie das Gefühl vermissen, gebraucht zu werden“, sagt Initiatorin Irmtraud Thomsen, die im Seniorenbeirat die Arbeitsgruppe Gesundheit, Soziales und Wohnen im Alter leitet. Das Projekt sollte der Isolation im Alter entgegenwirken. Mittlerweile hätten sich aber so viele junge Familien gemeldet, dass es an bereitwilligen Senioren mangelt.

Auch Mathias Lischke aus Gehlsdorf hat lange warten müssen, bis eine Paten-Oma für seine Töchter Emma und Sophia (bald zwei Jahre alt) gefunden wurde. Weil sie in Schichten arbeiten und die eigenen Eltern weit weg leben, hätten er und seine Frau Kontakt zum Seniorenbeirat aufgenommen. Als Irmtraud Thomsen ihnen eine mögliche Paten-Oma vorschlug, hätte es gleich gepasst und die Kinder hätten sie gut angenommen.

Hat lange eine Paten-Oma gesucht: Mathias Lischke mit Tochter Sophia

Fotos: Claudia Labude-Gericke

Mittlerweile ein Schulkind: Christiane und Rolf-Dieter Vollbrecht haben vor zwei Jahren die Patenschaft für Antonia übernommen. Der Paten-Opa hat dem Mädchen auch das Schachspielen beigebracht.

Wie genau die Patenschaft mit Leben gefüllt wird, klären die Familien mit den Senioren ganz individuell. Geld fließt dabei keines – es geht aber auch nicht darum, gratis einen Babysitter zu finden. „Ich helfe Oma Inge zum Beispiel im Garten“, nennt Lischke ein Beispiel der gegenseitigen Unterstützung. Pluspunkt für die Senioren sei auch der Familienanschluss, sagt Irmtraud Thomsen.

Die Organisatoren vom Seniorenbeirat vermitteln nicht nur Patenschaften und unterstützen das Kennenlernen, sondern stehen jederzeit als Ansprechpartner bereit. Auch, wenn eine Patenschaft nicht mehr funktioniert. So wie bei Beatrice Zwiebler und Tochter Lucy. „Mir ging es gar nicht um Betreuungshilfe für mein Kind, sondern um gemeinsame Zeit, bei der auch ich willkommen bin“, sagt die allein erziehende Mutter. Ihre Ansprüche hätten deshalb nicht mit denen des älteren Paares zusammengepasst, das ihr vermittelt wurde.

„Manchmal stimmt die Chemie eben nicht. Und das wichtigste und diejenigen, die entscheiden, sind immer die Kinder“, sagt Irmtraud Thomsen. Sie ist zuversichtlich, dass sich für Familie Zwiebler noch Paten finden. Auch, weil sie auf viele erfolgreiche Vermittlungen zurückblicken kann.

Wie die von Ingrid Trottnow. „Ich habe in der Zeitung von dem Angebot gelesen und mich gemeldet“, so die 61-Jährige rückblickend. Für die zweifache Mutter in Altersteilzeit, die noch keine Enkel hat, wurden gleich zwei Wirbelwinde gefunden. Mit Jessica und Oliver Ulrich verbringt die gelernte Elektromonteurin jetzt einen Großteil ihrer Freizeit. „Wir spielen Fußball, gehen in die Bibliothek, ins Kino oder zu Sportveranstaltungen – man bleibt dabei jung und lernt immer etwas dazu“, sagt die Rostockerin. Für die Eltern der Kinder sei die Paten-Oma, die auch die leiblichen Großeltern kennt und von ihnen akzeptiert wird, eine große Hilfe. „Wichtig ist aber, dass man im Vorfeld genau die Erwartungen beider

Mindestens einmal pro Woche verbringen Jessica (6) und Oliver (8) Ulrich Zeit mit ihrer „Bonus-Oma“ Ingrid Trottnow. Inzwischen ist die 61-Jährige aus der Familie nicht mehr wegzudenken.

Seiten abklärt und viel miteinander redet", gibt Jana Ulrich einen Tipp an künftige Patenschaftsteilnehmer. Der schönste Lohn für Ingrid Trottnow ist das Lachen der Kinder. „Und dass die Mitschüler von Oliver mal gefragt haben, wo man so eine Bonus-Oma' kaufen könnte." Wohl wissend, dass das, was sie und die Familie verbindet, unbezahlbar ist.

Claudia Labude-Gericke
Norddeutsche Neueste Nachrichten

Jahrestagung in Rostock

„Alterung – Arbeit – Gesundheit" ist eines der Schwerpunktthemen der diesjährigen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie und der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Sie findet vom 19. bis 21. September in Rostock statt. Weitere Informationen zur Ausschreibung sind auf den Internetseiten der DGD und DStaTG zu finden: www.demographie-online.de / www.dstatg.de ■

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Zu Hause in der Pommernmühle

Der Seniorenbeirat der Stadt Ueckermünde besuchte das neu eröffnete Pflegeheim in der Pommernmühle im Ort. Seit 1997 war dieses Haus ein Hotel, das von vielen Gästen besucht wurde. 2015 erwarb es Holm Kolata und nahm viel Geld in die Hand, um das Haus so umzubauen, dass es den Anforderungen an eine Pflegeeinrichtung gerecht wurde. Die Einrichtungsleiterin Susanne Mau führte uns durch das Haus, und wir konnten uns von den Vorzügen der Einrichtung überzeugen.

Das Heim bietet 64 pflegebedürftigen Menschen ein neues Zuhause; sie werden durch ausgebildetes Pflegepersonal betreut. Die hauseigene Küche bereitet die Mahlzeiten täglich frisch zu, und Frühstück und Abendessen werden in Büffetform angeboten. Gewohnt wird in

Der Seniorenbeirat vor dem Pflegeheim Pommernmühle Foto: Manfred Quägber

gemütlich ausgestatteten Einzel- oder Doppelzimmern. Es besteht die Möglichkeit, bestimmte eigene Möbel aufzustellen, damit auch im Heim eine Beziehung zum lang vertraut gewesenen Umfeld vorhanden bleibt. Für die medizinische Betreuung sind Behandlungsräume vorhanden. Auch ein Kosmetikstudio einschließlich Fußpflege ist vorhanden.

Die Freizeit können die Bewohner in der Bibliothek, im Kino, im Wellnessbereich oder in der Kegel- und Bowlingbahn verbringen. Bei schönem Wetter bietet sich die Terrasse an oder ein Spaziergang im Garten. Mit Gästen können die Bewohner das Essen gemeinsam im Restaurant einnehmen. Für Gäste, die eine längere Anreise haben, besteht die Möglichkeit, sich für Kurzübernachtungsplätze anzumelden.

Manfred Quägber
Vorsitzender des Seniorenbeirats

Thema Trickbetrug rückt ins Blickfeld

Zwei ehrenamtliche Seniorensicherheitsberater sind im Landkreis Vorpommern-Greifswald unterwegs. Einer von ihnen ist Kriminalhauptkommissar a. D. Stephan Lack (64) aus der Hansestadt, im Altkreis Ueckermünde kommt Harald Brose dazu. Schwerpunkt bei der Aufklärung, den die beiden Polizeibeamten unternehmen, ist das weite Feld des Trickbetrugs. Christiane Sitterlee, die Vorsitzende des Seniorenbeirats Greifswald, begrüßt die Aktion und meint: „Wir informieren regelmäßig alle Vereine, die sich mit Seniorenpolitik beschäftigen, über die Möglichkeiten der Beratung." Das Thema Trickbetrug will sie auch bei den nächsten Greifswalder Seniorentagen in den Blickpunkt stellen.

Claudia Klotz, Hausdame in der altengerechten Wohnanlage des DRK in Lubmin, ergänzt: „Leider sind im vergangenen Jahr auch Mieter unseres Hauses auf Betrüger hereingefallen. Dabei informieren wir immer wieder und warnen davor, nach dem Klingeln gleich den Türöffner zu betätigen." Lutz Hoffmeister, Leiter des „Boddenhus" der Volkssolidarität in Greifswald, hat zwar bislang keine Kenntnis von Trickbetrug im Aktivzentrum, doch das „Boddenhus" sei generell ein offenes Haus und das Eindringen von Betrügern „schwer zu verhindern". Polizeisprecher Axel Falkenberg appelliert an Anbieter betreuter Wohnformen, sich dem Problem stärker zu stellen.

Stephan Lacks Empfehlungen lesen Sie in der Rubrik „Ratgeber" auf Seite 23 des heutigen *Seniorenkuriers*. ■

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Gesundheitliche Prävention ist das Anliegen

Unsere Gesellschaft wird immer älter, das weiß bereits jeder. Wie steht es aber mit den Verhaltensweisen im Leben? Kann es immer so weitergehen wie bisher? Man hat Beschwerden oftmals ignoriert und so manches harmlose Leiden gut überstanden. Viele Ältere bewerten die Signale des Körpers so wie bisher gewohnt, ohne die gestiegenen Risiken zu erkennen.

Der Kreisseniorenbeirat der Mecklenburgischen Seenplatte setzt sich dafür ein, die Gesundheitsbildung vor allem der Älteren in der Gesellschaft zu verbessern und Aufklärung darüber zu verbreiten, wie Risiken schneller erkannt und richtige Verhaltensweisen angenommen werden können. Der Beiratsvorsitzende Prof. Dr. Dr. Helmut Pratzel setzt sich als Medizinprofessor und engagiertes Mitglied der Internationalen Gesellschaft für Prävention sowie der Deutschen Herzstiftung dafür ein, Kenntnisse für die Früherkennung von Risiken zum Herzinfarkt und Schlaganfall zu verbreiten. In zwei Veranstaltungen, den Regionalkonferenzen des Landesseniorenbeirats in Ueckermünde und Parchim, wurden die Delegierten aller Seniorenbeiräte in M-V mit diesem Thema konfrontiert. Zur Verbreitung in ihren Regionen erhielten alle Teilnehmer den Wortlaut des Vortrags von Prof. Pratzel. Außerdem ist er im Internet unter www.kreisseniorenbeirat-msp.de abrufbar. Zusätzlich wurde dort ein Diskussionsforum eingerichtet, wo Fragen beantwortet werden. Empfohlen wird auch die Mitgliedschaft in der Deutschen Herzstiftung, die Zugang zu bedeutenden Herzspezialisten bietet und spezielle Fragen beantwortet.

Was sollte unbedingt beachtet werden? Zunächst harmlos erscheinende Signale führen oft nicht zu angemessenem Handeln. Der Notarzt wird über die Telefonnummer 112 nicht rechtzeitig gerufen und erscheint dadurch oft zu spät. Mancher glaubt, den Arzt noch mit dem eigenen Auto aufsuchen zu können, weil er hofft, es ginge noch, oder er verschiebt dies wegen des bevorstehenden Wochenendes auf den Montag.

Besonders in Mecklenburg-Vorpommern, das damit wirbt, Gesundheitsland Nummer Eins zu sein, sollte die Politik das Engagement vieler Helfer fördern, deren Sinn es ist, der älteren Generation ein beschwerdefreies Leben zu ermöglichen. *hpr*

Schlussfolgerungen für Neubrandenburg

In seinem *Info-Blatt* Nr. 1/2017 berichtet der Seniorenbeirat Neubrandenburg über seine erste Beiratssitzung in diesem Jahr. Es ging u. a. um die Vorstellung der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland und den seit 20 Jahren bestehenden Deutschen Alterssurvey, die wichtigste Langzeitstudie über das Älterwerden. Fünf Schwerpunkte standen zur Diskussion: Erwerbstätigkeit und Ruhestand; Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf; Familienbeziehungen und soziale Kontakte; Einkommen und materielle Lage; Gesundheit und Freizeitverhalten. Bei der durchschnittlichen Lebenserwartung liegt M-V bei den 16 Bundesländern bei Männern an 14. und bei Frauen an 13. Stelle. Zwischen 1996 und 2014 sind die Wohnkosten im Vergleich zum Einkommen deutlicher gestiegen: bei Miete und Nebenkosten von neun auf 35,1 Prozent. Die Armutsquote liegt in Ostdeutschland mit 17,5 Prozent um etwa sechs Punkte höher als in Westdeutschland (elf Prozent).

Der Seniorenbeirat stimmt den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des Landtags zu und fordert, diese in den politischen Gremien umzusetzen. Dazu gehören mit Blick auf die Verbesserung der Daseinsvorsorge die Angleichung der Lebenshaltungskosten, besonders bei Löhnen und Renten, sowie eine Lösung der noch offenen Probleme, etwa bei der Bahn und dem medizinischen wie öffentlichen Dienst. Mit der Wohnungspolitik stimmt der Beirat grundsätzlich überein und benennt als Schwerpunkte: Neue Wohnformen und bezahlbare Mieten. Außerdem legt er seine Standpunkte zur Demografie- und zur Raumentwicklung sowie zum Leben mit Technik und zur Bildung dar.

Aus dem siebten Altenbericht der Bundesregierung werden Schlussfolgerungen für Neubrandenburg gezogen: Während der Anteil der jungen Leute in den vergangenen Jahren etwa um die Hälfte geschrumpft sei, habe der Anteil der Senioren um 15 Prozent zugenommen. Als Prognose für 2025 wird mit 17 300 Einwohnern über 65 Jahre gerechnet. Derzeit gibt es 1800 altersgerechte Wohnungen einschließlich der betreuten Wohnangebote sowie der Tages- und der vollstationären Pflegeplätze. Dies reiche jedoch, vor allem wegen der großen Nachfrage aus dem Umland, nicht aus.

Info-Blatt Nr. 2/2017 beschäftigt sich mit der anonymen Befragung der Abteilung Generationen, Bildung und Sport der Stadtverwaltung Neubrandenburg zur Nutzung von Seniorenbegegnungsstätten und Mehrgenerationenhäusern in der Vier-Tore-Stadt, um herauszufinden, wie die Angebote für Seniorinnen und Senioren auch künftig bedarfsgerecht gestaltet werden können. Außerdem geht es um das Thema „Sicherheit für Senioren", wozu der pensionierte Polizeimitarbeiter Jürgen Kopperschmidt als Seniorensicherheitsberater und Präventionsbeauftragter wertvolle Hinweise gibt. Der Enkeltrick, Haustürgeschäfte sowie der Einbruchsschutz gehören dazu, ebenso die sichere Mobilität im Alter. ■

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Es fehlt ein seniorenpolitisches Konzept

„Die Landeshauptstadt sollte am Wettbewerb um die seniorenfreundliche Kommune in Mecklenburg-Vorpommern teilnehmen", forderte der Vorsitzende des Seniorenbeirats, Siegfried Schwinn, in einem Gespräch mit der *Schweriner Volkszeitung*. Er kritisierte, dass es nach wie vor in der Landeshauptstadt kein seniorenpolitisches Konzept gebe. „Der Oberbürgermeister sollte die Hinweise des Seniorenbeirats ernst nehmen." Es fehlten aussagefähige Leitlinien zur Barrierefreiheit, zu bezahlbaren altengerechten Wohnungen und zur Lebenssituation älterer Bürger. Ein Drittel der Schweriner sei mittlerweile älter als 50 Jahre. „Regelmäßig berichten wir vor der Stadtvertretung über unsere Arbeit", betonte Schwinn. „Nicht zuletzt durch das Seniorenmitwirkungsgesetz haben wir einen guten Stand in der Stadt erreicht; er muss jetzt aber weiterentwickelt werden." ■

Zu Gast in der Klinik für Geriatrie

Die letzte Sitzung des Gesamtseniorenbeirats fand in den Helios-Kliniken statt. Auf Einladung von Dr. med. Michael Lerch, Chefarzt für Akutgeriatrie und Frührehabilitation, nahmen wir an einem Vortrag über Akutgeriatrie teil. Im fortgeschrittenen Lebensalter leiden die Menschen oftmals an mehreren Erkrankungen zugleich. Diese Besonderheit ist das Fachgebiet der Geriatrie.

Die Grundlage einer Behandlung ist die ganzheitliche Betrachtung von älteren Menschen unter der Berücksichtigung seiner Bedürfnisse, Fähigkeit, seiner Lebensgeschichte sowie der sozialen Einbindung. Ziel ist es, die Selbsthilfefähigkeit und Selbstbestimmung zu fördern bzw. wiederzuerlangen. Nur mit Hilfe einer tragfähigen

Die Mitglieder des Seniorenbeirats folgen gespannt den Ausführungen von Dr. med. Michael Lerch.

verbalen Kommunikation mit dem Patienten wird eine ausführliche Anamnese, Diagnostik und Therapie möglich sein. Dies bedingt auch die tägliche gemeinsame Besprechung mit dem Patienten.

Eine geriatrische Fachbehandlung ist notwendig unter Umständen bei Schlaganfall mit Folgeproblemen, wie Lähmung, Sprach-, Schluck- oder Orientierungsstörung. Einbußen der Alltagskompetenz treten bei akut erkrankten, verwirrten und/oder seelisch kranken älteren Menschen immer häufiger auf. Dies sind nur einige Beispiele, aber das Ziel ist immer:

- funktionelle Verbesserungen in den Aktivitäten des täglichen Lebens
- Erreichen bestmöglicher Mobilität
- Linderung von Beschwerden und Vermeidung oder Minderung bleibender Pflegebedürftigkeit
- Rückkehr in das eigene Zuhause.

Für Auskünfte steht Dr. Michael Lerch jederzeit zur Verfügung.

Walter Heinrich
Vorstandsmitglied des Seniorenbeirats

Ministerin besuchte das „Haus der Begegnung"

Als „lebendiges und landesweit vorbildliches Sozial-, Beratungs- und Betreuungszentrum" hat Sozialministerin Stefanie Drese das „Haus der Begegnung Schwerin e.V." bezeichnet. Nach einer umfangreichen Gesprächsrunde mit dem Vorstand, der Geschäftsführung und den Vorsitzenden der ansässigen Vereine zeigte sich die Sozialministerin beeindruckt von der Vielfalt der Angebote und Begegnungsmöglichkeiten: „Professionelle Sozialarbeit und großes ehrenamt-

Fortsetzung auf Seite 34

Die Ministerin mit den Mitgliedern der Vereine aus dem Haus der Begegnung

Fortsetzung von Seite 33

liches Engagement bilden hier eine hervorragende Einheit", sagte sie.
Vor allem Menschen mit Behinderungen, Erwerbslose, Einkommensschwache, Kinder, Jugendliche und Senioren aus Schwein und den Kreisen Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg können im Haus der Begegnung Rat und Hilfe erhalten, soziale Kontakte knüpfen und sich kulturell betätigen. Zugleich ist das Haus eine Begegnungsstätte für unterschiedliche Veranstaltungen und Zusammenkünfte.
15 soziale Vereine und Verbände sind unter einem Dach mit einem untereinander abgestimmten Leistungsangebot tätig. Auch der Landesseniorenbeirat hat dort seine Geschäftsstelle. Außerdem ist das Haus der Begegnung Träger des Kompetenzzentrums für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen, in dem sich Vertreter des Schwerhörigen-Ortsvereins Schwerin e.V. und des Blinden- und Sehbehindertenvereins Schwerin e.V. engagieren.
Zugleich betreibt der Verein einen Kreativtreff, der generationsübergreifend tätig ist. Weiterhin befinden sich dort u.a. ein Arbeitslosenzentrum mit einer Möbelbörse, der Deutsche Kinderschutzbund mit einem pädagogischen Mittagstisch, eine Familienbegegnungsstätte und eine Tagesstätte für psychisch kranke Menschen. Auch Flüchtlinge und Einwohner/innen mit Migrationshintergrund werden durch verschiedene Angebote informiert und bei der gesellschaftlichen Integration unterstützt.
Ministerin Drese: „Die überaus positive Entwicklung ist untrennbar mit dem hohen persönlichen Einsatz des langjährigen Vorsitzenden Armin Blumtritt verbunden, der zum 31. März sein Ehrenamt als 1. Vorsitzender niederlegte. Mit meinem Besuch wollte ich Herrn Blumtritt ausdrücklich persönlich für seine Arbeit Dank sagen und die Anerkennung des Sozialministeriums überbringen." ■

Informationen am Tag der offenen Tür

Schuldner- und Insolvenzberatung der Volkssolidarität bot manche Empfehlung

Die Schuldner- und Insolvenzberatung des Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern der Volkssolidarität lud in Schwerin zum Tag der offenen Tür ein und informierte über das kostenlose Angebot für Menschen, die mit professioneller Hilfe ihre Schulden bekämpfen möchten. Auch Oberbürgermeister Rico Badenschier, der die Arbeit des vierköpfigen Teams unter der Leitung von Katja Rosendahl würdigte, zählte zu den Besuchern, ebenso wie der Verbandspräsident der Volkssolidarität, Dr. Wolfram Friedersdorff, der gemeinsam mit Kollegen aus dem Bundesvorstand und Vertretern aus der Bundesgeschäftsstelle die Gelegenheit nutzte, den Kolleginnen und dem Kollegen der Schuldnerberatung über die Schulter zu schauen. ■

Schwerhörigkeit nicht ignorieren!

Das Kompetenzzentrum aus Schwerin bietet kostenlose Beratungen und Informationsveranstaltungen an

Das Ohr ist eines der wichtigsten Sinnesorgane des Menschen. Im Unterschied zu den anderen Sinnen ist Hören ein sozialer Sinn – durch ihn teilen wir uns mit und erfahren gleichzeitig, wie andere denken und fühlen. Diesen zu verlieren ist in vielen Fällen ein schleichender Prozess und führt im schlimmsten Fall zum Ausschluss von der sozialen Umwelt. Damit es erst gar nicht so weit kommt, sollten Betroffene oder ihre Angehörigen frühzeitig aktiv werden und Hilfe in Anspruch nehmen.
„Obwohl mehr als 16 Millionen Deutsche unter Schwerhörigkeit leiden, trägt nur jeder Dritte von ihnen ein Hörgerät", so Steffanie Klotzbücher, neue Mitarbeiterin des Kompetenzzentrums für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen in Schwerin. Träger ist das Haus der Begegnung e.V. Sie informiert und klärt rund um das Thema Hören auf. Während einer kostenlosen und unabhängigen Informationsveranstaltung spricht die Mitarbeiterin über die Arten einer Hörschädigung und wie diese entstehen können sowie zu den Folgen des Hörverlustes. Zum einen werden verschiedene Ausprägungen einer Schwerhörigkeit aufgezeigt, zum anderen entsprechende Lösungen und Hilfsmittel zum Ausgleich des Hörverlustes präsentiert. Alle Fragen zu Kosten, zur Kostenübernahme und An-

Kompetenzzentrum
für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen

Mitarbeiterinnen des Kompetenzzentrums: Steffanie Klotzbücher (l.) und Dana Pahl
Foto: Haus der Begegnung Schwerin

tragstellung können direkt vor Ort oder im Nachgang besprochen werden. Musteranträge sowie weiteres Informationsmaterial dürfen gerne mitgenommen werden.
Neben den Informationsveranstaltungen führt das Zentrum auch individuelle Einzelfallberatung zu Hör- und Sehbehinderungen durch. Dana Pahl, Leiterin des Kompetenzzentrums, berät und unterstützt bei der Formulierung von Anträgen für Krankenkassen, Rentenversicherungen oder Berufsgenossenschaften. Es kann Hilfestellung bei der Beantragung und der Finanzierung von Rehabilitationsleistungen sowie bei eventuellen Widerspruchs- und Klageverfahren gegeben werden.
„Meine Kollegin und ich sind nicht nur in Schwerin, sondern auch in den Landkreisen Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg tätig", so Dana Pahl.
Termine können unter (0385) 3000 815 oder per E-Mail kompetenzzentrum@hdb-sn.de vereinbart werden. Allgemeine Sprechzeiten sind montags bis donnerstags von 8 bis 16 Uhr und freitags von 8 bis 12 Uhr in der Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin.

Steffanie Klotzbücher
Kompetenzzentrum
für Menschen mit
Hör- und Sehbehinderungen

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

Förderverein – frisch aus der Taufe gehoben

Die Lösung ist gefunden! Wir gründen einen Förderverein. Aber warum? Ganz einfach, jetzt gibt es für den Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund keine Barriere mehr, wenn er sich in das gesellschaftliche Leben der Senioren einmischen will. Was dem Seniorenbeirat nicht gestattet ist, nämlich auch als Veranstalter unterwegs zu sein, das übernimmt jetzt der Förderverein.
Das Ziel dieses Vereins besteht darin, den Bedürfnissen der Älteren noch besser Rechnung tragen zu können, zum Beispiel mit Projekten. Die Themen liegen quasi auf der Straße – Hilfe am Computer bzw. Smartphone, Auffrischen der Fahrerfähigkeiten von fitten Seniorinnen, Bewegung durch Tanz und Sport, aber auch gemeinsame Projekte mit den sozialen Einrichtungen, auf dem Gebiet der Kriminalitätsprävention und – wichtig für die älteren Senioren – Projekte, die ein Leben ohne Barrieren ermöglichen. Und natürlich sind auch generationsübergreifende Aktionen mit Schulen auf der Agenda.

Der Vorstand des Fördervereins (v.l.n.r.): Heinz Krause, Bärbel Junge, Dr. Eckhard Buchholz (Vorsitzender), Karla Prill und Jürgen Kaiser.

Um all diesen Aktivitäten auch den richtigen Rahmen zu geben, entstand die Idee für einen gemeinnützigen Förderverein. Als Vorsitzender wurde Dr. Eckhard Buchholz gewählt, als Stellvertreter Heinz Krause. Ideen gibt es bereits reichlich, aber auch weitere Anregungen sind sehr gefragt. Wir sind überzeugt, die stetig wachsende Zahl der Senioren wird dies zu schätzen wissen. Noch ist der Förderverein in seinen Kinderschuhen, aber wir selbst haben es in der Hand, ihn aktiv und lebendig zu gestalten. Deshalb wenden wir uns an alle „frischen" und „länger gedienten" Rentner mit dem Aufruf zum Mitmachen. Hier wird ihnen ein Forum geboten, Gleichgesinnte für ihre Ideen zu finden, Gemeinschaft und Geselligkeit zu erleben und vor allem, die Freude eines aktiven Lebens zu spüren. Neben den fitten und aktiven Senioren sind auch Unternehmen gefragt, die unser Anliegen unterstützen. Schließlich ist unser Drittel der Über-60jährigen auch ein kauflustiger Verbraucher, der weiterhin seine gute physische und geistige Form bewahren will. Deshalb appellieren wir als eine ständig wachsende große Zielgruppe an alle Firmen, mit ihrer Spende unserem Verein zum Wachstum zu verhelfen. Selbstverständlich stellen wir dafür eine Spendenbescheinigung aus.

Birgit Wacks

So werden Vorurteile abgebaut

Ein Wohnprojekt für Senioren in Hamburg-Wilhelmsburg zeigt, wie man Vorurteile abbauen und ältere Menschen verschiedener Kulturen unter einem Dach vereinen kann. Das Wohnprojekt „Veringeck" bietet neben betreutem Wohnen eine multinationale Tagespflege und eine Wohn-Pflege-Gemeinschaft für türkischstämmige Menschen mit Demenz. ■

LANDKREIS ROSTOCK

Vorhaben für 2017 im Gespräch

Andreas Nath, Sozialberater des Pflegestützpunktes Güstrow, erläutert das neue Pflegeergänzungsgesetz.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Stadtvertreter, Beiratsmitglieder sowie Einwohnerinnen und Einwohner von Krakow den Bericht des Seniorenbeirats über das Jahr 2016 in der Stadtvertreterversammlung Ende Januar. Für 2017 sind weitere Vorhaben mit Blick auf eine seniorenfreundliche Stadt geplant. Dazu gehören Informationen über das Pflegeergänzungsgesetz und die Leistungen in den fünf Pflegegraden; eine Verbesserung der Gestaltung der Lebensbedingungen für Ältere im Wohnumfeld; die Einflussnahme der Verantwortungsträger auf die Demografieentwicklung in der Kommune, u. a. für die Sicherung der sozialen Infrastruktur, die Förderung des Ehrenamtes und den Zusammenhalt der Generationen; die Einflussnahme auf die Verhinderung von Altersarmut; außerdem Bildungsreisen, Informationsveranstaltungen zu Reisemöglichkeiten für Senioren sowie die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen.

Zum Thema Neues Pflegegesetz lud der Vorstand im Februar Andreas Nath vom Pflegestützpunkt Güstrow ein. Ein weiterer wichtiger Punkt dieser Seniorenbeiratssitzung war die Verabschiedung von Sitah Eisel. Wegen Krankheit musste sie den Vorsitz des Vorstands beenden. Der Ehrenvorsitzende Jürgen Poleratzki dankte ihr für die Tätigkeit. Zur Nachfolgerin wurde einstimmig Gisela Schröder gewählt.

Im März waren Schwerpunkt die Frauentagsfeiern in sehr vielen Seniorengruppen. Erwähnt sei die Frauentagsfeier im „Jörnberg-Restaurant". Inhaberin Sieglinde Musialczyk bereitete allen ein umfassendes Kuchenbuffet, Kulturprogramm und eine schöne Tanzveranstaltung. Mit Bürgermeister Wolfgang Geistert besprachen wir Mitte des Monats beidseitig aktuelle Probleme. An der Aktion „Frühjahrsputz" nahmen auch Senioren des Beirats teil. Schwerpunkte waren die Spielplätze. Vorstandsmitglieder nahmen an der Regionalkonferenz des Landesseniorenbeirats in Parchim teil. In der Sitzung zum Monatsende be-

Jürgen Poleratzki, Ehrenvorsitzender des SBR gratuliert der neuen Vorsitzenden Gisela Schröder.

fasste sich der Seniorenbeirat mit Reisemöglichkeiten für Senioren und mit besonderen Sehenswürdigkeiten unserer Stadt. Der Beirat vergrößerte sich um zwei weitere Mitglieder.

Ein Höhepunkt für den Vorstand war die Informationsveranstaltung mit den Fraktionsvorsitzenden der Parteien. Wir informierten über die Inhalte unserer Arbeit 2017 und sprachen auch über die Zusammensetzung und Struktur des Beirats, über das Betreute Wohnen, über Pflege in der Häuslichkeit, aber auch über die Belegung in den Einrichtungen. Dabei erläuterten wir unsere Handlungsempfehlungen. Unsere nächste Beiratssitzung findet am 24. Mai statt.

Jürgen Poleratzki
Ehrenvorsitzender des Seniorenbeirats

12. Seniorensportspiele laden nach Güstrow ein

Seit 1995 veranstaltet der Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern e.V. alle zwei Jahre die Seniorensportspiele M-V in verschiedenen Kleinstädten unseres Landes. Und immer wieder erleben die Teilnehmer und Gäste einen sportlichen, geselligen und erlebnisreichen Tag. In diesem Jahr wird die Barlachstadt Güstrow am 24. Juni Gastgeber der 12. Seniorensportspiele sein. Erwartet werden über 2.000 Teilnehmer. Der Landessportbund hat gemeinsam mit der Stadtverwaltung Güstrow, dem Kreissportbund des Landkreises Rostock und den Sportvereinen vor Ort ein buntes Programm aus Sport und Kultur zusammengestellt, betont Ulrich Pudschun, Abteilungsleiter Sport beim Landessportbund. Infos unter http://www.lsb-mv.de/sportwelten/events/seniorensportspiele

SENIOREN SPORTSPIELE MECKLENBURG-VORPOMMERN

Die Vorsitzende des Kreisseniorenbeirats Nordwestmecklenburg, Karin Lechner, hat alle Teilnehmer aufgerufen: „Bringt eure Bonushefte der Krankenkassen mit und lasst euch die Teilnahme an einer Sportart bestätigen. Es macht Spaß bei den Sportspielen. Es tut eurer Gesundheit gut. Es können gute Gespräche geführt werden. Es ist möglich, Punkte für das Bonusheft zu erwerben. Es wäre schön, wenn wir uns in Güstrow treffen würden." ■

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG

Symposium über die Problematik eines Delirs

Der Landkreis Nordwestmecklenburg und seine Kreisstadt Wismar führen seit dem 5. April bis zum 30. Juni die 13. Wochen der Gemeindepsychiatrie durch. Rege war die Teilnahme am Symposium in Nisbill im „Haus am Bibersee". Es stand unter dem Thema „Der akute Verwirrtheitszustand beziehungsweise das Delir im höheren Lebensalter". Wie oft kommt es vor, dass in der Familie oder im Bekanntenkreis Menschen völlig durcheinander sind oder hilflos aufgefunden werden? Dabei waren die Betroffenen doch immer noch in der Lage, sich in der Häuslichkeit relativ selbstständig zu versorgen. Wie konnte es dazu kommen? Das Delir ist eine der häufigsten Komplikationen im Verlauf einer Demenzerkrankung und weist eine Sterblichkeitsrate auf.
Für alle Teilnehmer dieses Symposium waren die Ausführungen von Prof. Dr. Torsten Kratz sehr aufschlussreich. Er erläuterte, dass sich bei stationären Patienten die Verweildauer erhöht, außerdem ergeben sich Fragen bei den Kosten, beim Pflegeaufwand und beim Risiko einer Unterbringung ins Heim. An Fallbeispielen wurde aus der Praxis zweier Ärztinnen aus der Neurologie und der Geriatrie im Hanseklinikum Wismar deutlich, wie wichtig es ist, die Problematik eines Delir zu erkennen und richtig zu behandeln.

kl

Das Haus war voll am Frauentag

Auch in diesem Jahr feierten Frauen aus Wismar und Schwerin gemeinsam den Internationalen Frauentag. 470 Teilnehmer hatten sich angesagt, aber die Karten reichten, wie immer, nicht. Für den Tischschmuck konnten wir eine Kreativgruppe aus Bobitz gewinnen, die ihn, gemeinsam mit vielen weiteren Frauen, selbst bastelten.
Finanziell wurden wir in Vorbereitung des Frauentags an einem gemeinsamen Bastelnachmittag für das Material von der Stiftung Wärme aus Leipzig unterstützt. Gerade dieses Gemeinsame ist es, das vielen Frauen sehr gefällt, und bei der Zusammenkunft konnten zahlreiche gute Gespräche geführt werden.

kl

Versteuerung der Rente im Blick

In der Malzfabrik Grevesmühlen führte der Kreisseniorenbeirat seine vierte Seniorenkonferenz durch. Thematischer Schwerpunkt war: Was muss ich bei der Versteuerung meiner Rente beachten? Außerdem wurde der Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune" erläutert. Immer wieder wird deutlich, dass es den Mitgliedern des Kreisseniorenbeirats wichtig ist, dass möglichst zahlreiche und vielfältige Fragen besprochen werden und dass gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. Auch die Verwaltung, besonders Karla Krüger, zeigt sich stets bemüht, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen und zu bleiben.

Vierte Seniorenkonferenz in der Malzfabrik Grevesmühlen

kl

Änderung des Vermögensschonbetrags

Einer der Schwerpunkte im Kreisseniorenbeirat Nordwestmecklenburg ist die Pflege. Trotz der allgemeinen Preisentwicklung hat eine substanzielle Erhöhung des Vermögensschonbetrages seit 1998 nicht stattgefunden. Bisher betrug der Vermögensschonbetrag 2.600 Euro. Menschen, die sich in der Häuslichkeit nicht mehr allein selbständig versorgen können oder aus gesundheitlichen Gründen Hilfe in einem Heim bekommen, fällt es sehr schwer, sich um- und auf diese Lebensweise einzustellen.
Meine Gedanken hierzu sind – nach vielen, vielen Gesprächen mit Heimbewohnern – sehr vielfältig und nachhaltig: Es ist schön, dass es solche Einrichtungen gibt! Und dann: Wie werde ich bestattet, wenn mein Leben beendet ist? – Ich möchte meinen Kindern nicht zur Last fallen.
Nach den unzähligen Gesprächen war es mir wichtig, auch die Politik mit ins Boot zu holen. In einem Initiativantrag richteten wir einen Appell an die Bundesregierung zur Erhöhung des Vermögensschonbetrags. Mit dem 1. April ist der Vermögensschonbetrag von 2.600 auf 5.000 Euro erhöht worden.

Karin Lechner
Vorsitzende des Kreisseniorenbeirats Nordwestmecklenburg

Gute Lebensbedingungen vor Ort

Fachkonferenz machte deutlich: Kommunen in der alternden Gesellschaft brauchen Hilfe

Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung hat deutlich gemacht: Für die Qualität des Lebens im Alter sind die Infrastruktur und die sozialen Netzwerke vor Ort entscheidend. In den Kommunen müssen daher die Weichen für die gesundheitliche wie pflegerische Versorgung und das Wohnumfeld älterer Menschen in der Zukunft gestellt werden. Kürzlich befasste sich die Fachkonferenz „Kommunen in der alternden Gesellschaft" mit den Empfehlungen des Siebten Altenberichts. Mehr als 350 Vertreter aus Politik, Verbänden, Kirchen, Stiftungen und Seniorenorganisationen hatten Gelegenheit, mit Mitgliedern der Sachverständigenkommission des Altenberichts zu diskutieren.

Eröffnet wurde die Konferenz von Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „Ältere Menschen werden unsere Gesellschaft mehr und mehr prägen. Deshalb muss unsere Politik für ältere Menschen stärker darauf ausgerichtet sein, ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter zu unterstützen. Vor Herausforderungen stellt uns dabei die regionale und soziale Ungleichheit in Deutschland. Die Kommunen sind hier vor große Aufgaben gestellt und müssen in Zukunft noch stärker die Grundlage dafür schaffen, dass vor Ort gute Lebensbedingungen – nicht nur im Alter, sondern für alle Generationen – bestehen."

Schon jetzt gehört in Deutschland mehr als jede vierte Person zur Generation 60 plus – 2050 wird es bereits mehr als jede dritte Person sein. Deshalb muss schon heute die Basis dafür geschaffen werden, um auch in Zukunft ein menschenwürdiges, solidarisches und selbstbestimmtes Leben für alle zu sichern. Hierfür seien starke, handlungsfähige Kommunen unverzichtbar, aber nicht alle Kommunen können schon heute ihre Seniorenpolitik so gestalten, wie es für eine zeitgemäße Seniorenpolitik notwendig ist.

Staatssekretär Kleindiek betonte deshalb: „Wenn einige Kommunen nicht mehr in der Lage sind, die Daseinsvorsorge sicherzustellen, so wie es die Sachverständigenkommission formuliert, dann haben wir im ganzen Land ein Problem – ungleiche Verhältnisse in der Lebensqualität sind auch eine Frage der Gerechtigkeit. Damit können wir die Kommunen nicht allein lassen".

Die Sachverständigenkommission zum Siebten Altenbericht schlägt hierzu die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe Demografie vor und hat damit die Diskussion zum Thema eröffnet. Außerdem setzen sich die Sachverständigen dafür ein, Altenhilfestrukturen zu fördern, auszubauen und zu verstetigen. Segmentierungen in Politik und Verwaltung sollen überwunden werden und die unterschiedlichen Bereiche – vor allem Gesundheit, Pflege, Wohnen und Engagement – vor Ort vernetzt werden.

Zur Information:

Zwischen 1990 und 2014 hat sich die Zahl der Menschen ab 65 Jahren bundesweit um rund 5,2 Millionen auf 17,1 Millionen erhöht. Das entspricht einem Anstieg von 43 Prozent. Die Gesamtbevölkerung wuchs dagegen im gleichen Zeitraum nur um 1,8 Prozent. Waren 2014 noch 27 Prozent mindestens 60 Jahre alt (rund 22 Millionen von insgesamt rund 81 Millionen), so werden es 2030 voraussichtlich 35 Prozent (rund 28 Millionen) sein. Auch danach wird der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung weiter wachsen: 2050 werden es voraussichtlich 38 Prozent jenseits der Sechzig sein. 2014 lebten gut 4,5 Millionen Menschen über 80 Jahre in Deutschland. Ihre Zahl wird in den kommenden Jahrzehnten kontinuierlich steigen und 2050 etwa 9,9 Millionen erreichen. Im eigenen Haushalt leben heute noch 85 Prozent der Menschen ab 85 Jahren. ■

Was unsere Demokratie am Laufen hält

Stellungnahme der Bundesregierung zum Zweiten Engagementbericht

Ob als Trainer im Sportverein, als Vorleser in der Kita oder als Behörden-Lotse für Flüchtlingsfamilien: Immer mehr Menschen in Deutschland engagieren sich freiwillig – vor allem auf lokaler Ebene. Diese Entwicklung kann entscheidend dazu beitragen, große Herausforderungen wie den demografischen Wandel besser zu bewältigen. Das ist eine der zentralen Botschaften aus der Stellungnahme der Bundesregierung zum Zweiten Engagementbericht, die das Bundeskabinett vor kurzem beschlossen hat.

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig betonte: „Demokratie lebt vom Mitmachen, nicht vom Zuschauen. Ich freue mich, dass sich in unserem Land mehr als 30 Millionen Menschen freiwillig engagieren. Sie bringen ihre Zeit ein, um anderen zu helfen, um mit anzupacken und unsere Gesellschaft mit zu gestalten. Sie sind der Motor, der unsere Demokratie am Laufen hält. Der zweite Engagementbericht zeigt, wie stark die Kräfte sind, die unser Land zusammenhalten, und

dass sie auch in Zukunft unverzichtbar sein werden."
Der rund 600 Seiten umfassende Zweite Engagementbericht wurde von einer zehnköpfigen Sachverständigenkommission unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Klie verfasst. Er enthält sämtliche empirische Befunde, Daten und Trends und greift zugleich zentrale gesellschaftliche Debatten auf. Von der Kommission wird bestätigt, dass die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement generell zunimmt.
Hinsichtlich des Schwerpunkt-Themas „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement" wird deutlich, dass sich demografischer Wandel im ländlichen Nord-Vorpommern ganz anders auswirkt als in Oberbayern oder in Großstädten. Entsprechend differenziert sind die Handlungsnotwendigkeiten bei Themen wie z. B. Mobilität, Katastrophenschutz, Pflege und Sorge zu betrachten – und damit auch die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement.
Zur Förderung des freiwilligen Engagements in der Flüchtlingsintegration hat das BMFSFJ im Jahr 2016 das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen" ins Leben gerufen. Bisher konnten durch das Programm über 25.000 Patenschaften für geflüchtete Menschen gestiftet werden. Der ebenfalls 2016 gestartete Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug bietet Flüchtlingen die Möglichkeit, sich freiwillig zu engagieren. Auch im Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus gibt es Angebote zur Aktivierung und Beteiligung von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte.
Die Bundesregierung teilt die Auffassung der Kommission, dass Bildung als Voraussetzung und als Folge von freiwilligem Engagement verstanden werden sollte. Etwa 100.000 Menschen engagieren sich inzwischen in den verschiedenen gesetzlich geregelten Freiwilligendiensten, die als Lern- und Orientierungsdienste der Förderung der Bildungsfähigkeit und des lebenslangen Lernens verpflichtet sind.
Die Kommission empfiehlt, den demografischen Wandel als sozialen Wandel proaktiv zu gestalten und bürgerschaftliches Engagement mit einzubeziehen. Mit dem vom Bundessozialministerium geförderten Modellprogramm „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz" wurde bereits ein bundesweites Hilfe-Netzwerk auf kommunaler Ebene entwickelt, das weitestgehend auf ehrenamtlichen Strukturen aufgebaut ist bzw. den Einsatz von Ehrenamtlichen vorsieht. ■

Wie entwickelt sich die Bevölkerung weiter?

Bundeskabinett zieht Bilanz und legt Strategiepapier vor

Zum Ende der 18. Legislaturperiode hat das Bundeskabinett Bilanz über die Bevölkerungsentwicklung gezogen. Das so genannte Strategiepapier legte Innenminister Thomas de Maizière im Februar vor. Demnach entwickeln sich die Bevölkerung insgesamt, aber auch die Erwerbsbevölkerung zeigt sich durch die Zuwanderung und die Stabilisierung der Geburtenrate deutlich gefestigter, als noch vor wenigen Jahren erwartet.
Im Politikfeld „Selbstbestimmtes Leben im Alter" stellt das Papier exemplarisch für viele Initiativen das Projekt „Altersgerecht umbauen" vor. Von der Kreditanstalt für Wiederaufbau ins Leben gerufen, unterstützt das Programm private Eigentümer und Mieter beim Abbau von Wohnbarrieren. Weitere Themenkomplexe in der Bilanz sind die soziale Sicherung im Alter sowie die Sicherung der Pflege. ■

Benachteiligung wird abgeschafft

Die Reform der Pflegeausbildung bringt eine Aufwertung dieses Berufs

Als „wichtigen Schritt zur Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte" hat Sozialministerin Stefanie Drese die Einigung von SPD und CDU/CSU in Berlin auf die Reform der Pflegeausbildung begrüßt: „Die Ausbildung soll über einen Umlagefonds finanziert werden. Dadurch entfallen die Schulgebühren und es wird eine Ausbildungsvergütung gezahlt. Damit kann mehr Personal für die Altenpflege gewonnen werden, und die Pflegeberufe insgesamt werden wieder attraktiver."
Ein wichtiger Fortschritt ist nach Ansicht der Ministerin der generalistische Ansatz der Pflegeausbildung. So sei geplant, dass die Ausbildung mit einer zweijährigen einheitlichen Pflegeausbildung beginnt. Im Anschluss daran entscheiden die Auszubildenden, ob sie im dritten Jahr die allgemeine Ausbildung mit einem bestimmten Schwerpunkt fortsetzen oder im Bereich der Kinderkranken- oder der Altenpflege den klassischen Abschluss wählen.
Vor allem für die Altenpflege sieht Ministerin Drese im geplanten neuen Pflegeberufsgesetz große Vorteile: „Die Benachteiligungen der Altenpflege gegenüber der Krankenpflege werden bei den Entwicklungs- und Einsatzmöglichkeiten, der Ausbildungsfinanzierung sowie in der öffentlichen Wahrnehmung beseitigt." ■

Wohnumfeld wird positiv bewertet

Report „Altersdaten" betrachtet die 40- bis 85-Jährigen

Die meisten Menschen möchten so lange wie möglich selbstständig in der eigenen Wohnung und der vertrauten Umgebung leben. Ob sich dies verwirklichen lässt, hängt von der Ausstattung der Wohnung, aber auch vom Wohnumfeld ab: von der Versorgung mit Ärzten, der Zufriedenheit mit dem öffentlichen Nahverkehr und dem Verhältnis zu den Nachbarn. All dies steht im Fokus des aktuellen Reports „Altersdaten", den das Deutsche Zentrum für Altersfragen Berlin herausgegeben hat. Grundlage sind Daten des Deutschen Alterssurveys. Vorrangig betrachtet wird die Gruppe der 40- bis 85-Jährigen. Der ganze Report ist zu finden unter: www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/Report_Altersdaten_Heft_1_2017.pdf ■

Hilfe auf freiwilliger Basis

Vier Ehrenamtler sind Engagement-Botschafterinnen und -Botschafter 2017

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Ralf Kleindiek und Carola Schaaf-Derichs vom SprecherInnenrat des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement haben die vier Engagement-Botschafterinnen und -Botschafter 2017 ernannt, die durch ihr beispielhaftes Tun ein Jahr lang für bürgerschaftliches Engagement werben werden:

Farsaneh Samadi ist Mitbegründerin des Vereins „Initiative Mehrsprachigkeit e. V." in Lübeck, dessen Projekte Kunst, Literatur und Mehrsprachigkeit verbinden und damit Kindern einen emotional-ästhetischen Zugang zur schriftsprachlichen Welt ermöglichen. Die Initiative möchte Eltern darin bestärken, ihren Kindern auch in ihrer Familiensprache Geschichten vorzulesen oder zu erzählen und zu Hause lesende Vorbilder zu sein.

Nana Schön begleitet als Mentorin das Programm „Jugend hackt", Berlin. Es fördert den Programmiernachwuchs im deutschsprachigen Raum und ist Träger des Deutschen Engagementpreises 2017. Unter dem Motto „Mit Code die Welt verbessern" tüfteln die Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit Hilfe von Open Data an Prototypen, digitalen Werkzeugen und Konzepten für ihre Vision einer besseren Gesellschaft, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Elena Tzara ist Gründungsmitglied der 2012 in Köln entstandenen Initiative „Foodsharing" und heute deren Vorstandsmitglied. Sie wendet sich gegen Lebensmittelverschwendung und „rettet" Lebensmittel, die man sonst weggeworfen hätte. Jan Duensing begründete die Initiative „Feiner Fußball" in Dresden mit. Dort engagiert er sich gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit im Fußball. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement würdigt seit 2004 die Arbeit der inzwischen knapp 31 Millionen freiwillig Engagierten in Deutschland und wird vom Bundesministerium gefördert. ■

Neues Gesetz bietet Bestandsschutz

Betroffene sollten die Änderungen im Heimentgelt seit Jahresbeginn überprüfen

Seit Anfang des Jahres wird die Pflegereform der Bundesregierung umgesetzt. Ziel ist neben mehr Leistungen auch eine gleichmäßige Verteilung der Kosten auf alle Bewohner einer Einrichtung. Gerade für Bewohner mit hohem Pflegebedarf sollten dadurch die Kosten sinken oder zumindest nicht ansteigen. Heimbewohner sollten dies genau überprüfen, rät die Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen (BIVA) e.V. und bietet hierzu kostenlose Unterstützung an. „Die umfangreichen Änderungen sind für den Laien kaum nachzuvollziehen, so dass er Unregelmäßigkeiten allein nur schwer erkennen kann", meint die Juristin Kerstin Solaße aus ihrer Beratungspraxis bei der BIVA. Das neue Gesetz biete allen bisherigen Bewohnern Bestandschutz. Deren Eigenanteil dürfe sich nicht erhöhen. Menschen mit hohem Pflegegrad sollten meist sogar eine finanzielle Entlastung feststellen können.

Bis Ende 2016 wurden für jede Pflegestufe bei den Pflegekosten unterschiedliche Beträge erhoben. Je höher der Pflegebedarf, umso höher die Kosten und damit der Eigenanteil. Die Berechnung erfolgt nun über ein neues Prinzip: Die Pflegekosten aller Bewohner einer Einrichtung werden zusammengerechnet und auf alle so verteilt, dass nach Abzug der Leistungen der Pflegekasse jeder den gleichen Eigenanteil zahlt – unabhängig vom Pflegegrad. So entsteht der „einrichtungseinheitliche Eigenanteil". ■

Qualitätsmaßstab für die Pflegeberatung

Regional unterschiedlich – Eine neue Checkliste nennt zehn wichtige Merkmale

In Deutschland erhalten 2,9 Millionen Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung. Pflegebedürftige und Angehörige haben einen Anspruch auf kostenlose professionelle Beratung. Pflegegeldempfänger sind sogar verpflichtet, regelmäßig Beratungsbesuche in Anspruch zu nehmen. Sie finden über zwei Millionen Mal jährlich statt. Da aber das Beratungsangebot regional sehr unterschiedlich und oft auch schwer durchschaubar ist, hat das Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) nun eine Checkliste mit den zehn wichtigsten Merkmalen guter Beratung zur Pflege herausgegeben. Sie beruht auf Recherchen, die im vergangenen Jahr getätigt wurden. Wichtig sind: ein qualifizierter Berater (Pflegefachkraft, Sozialarbeiter usw.), der respektvoll, kooperativ und diskret mit der oder dem Betreffenden umgeht, eine flexible, zeitnahe Beratung (etwa 48 Stunden nach Anfrage), die auch weitere Hilfen mit Blick auf soziale Netzwerke und Pflegeanbieter einschließt. Die vollständige Checkliste findet sich im ZQP-Themenbrief „1-BLICK Pflege“ auf der Webseite www.zqp.de. und kann kostenlos bestellt werden unter bestellung@zqp.de. ■

Ein Drittel nennt sich „solo-selbstständig“

Die meisten Erwerbstätigen im Rentenalter sind männlich

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin stellte kürzlich den „Arbeitsmarktreport Deutschland 2016“ vor. Er beruht auf einer repräsentativen Befragung von rund 20 000 Beschäftigen bundesweit. Die Autoren gehen auch auf die Beschäftigung von Menschen ein, die älter als 65 Jahre sind, und stellen fest: „Die meisten Personen, die im Ruhestandsalter noch erwerbstätig sind, sind männlich (69 Prozent), selbstständig beziehungsweise in anderer Form nicht abhängig beschäftigt (61 Prozent) und arbeiten im Dienstleistungsbereich (55 Prozent)“. Ein Drittel sei „solo-selbstständig“, habe also keine Angestellten. Etwa jeder Zehnte habe mehrere Erwerbstätigkeiten. Weitere Ergebnisse: Im Durchschnitt arbeiten Erwerbstätige im Ruhestandsalter knapp 32 Stunden in der Woche, haben eine vergleichsweise hohe Bildung und schätzen ihren Gesundheitszustand im Mittel genauso gut ein wie die Erwerbstätigen im Alter bis 65 Jahre. ■

Es gibt Wege, in der Spur zu bleiben

Fahrlehrer Peter Glowalla: „Senioren fahren umsichtig, defensiv und gelassen“

Immer wieder gerät die Fahrtüchtigkeit von Senioren in die Schlagzeilen. Die Einschränkungen werden im Alter größer. Trotzdem müssen ältere Menschen auf das Autofahren nicht verzichten. Es gibt Wege, in der Spur zu bleiben – vom Fitnesscheck beim TÜV bis zum Fahrtraining beim ADAC. Irgendwann kommt er aber, der Zeitpunkt, an dem man das Autofahren bleiben lassen sollte.

Peter Glowalla (75) hatte 1959 seinen Führerschein erworben; damals war er 19 Jahre alt. Mobilität auf der Straße ist sein Leben. Er ist Vorsitzender des Berliner Fahrlehrerverbands und Beiratsmitglied der Deutschen Verkehrswacht. Als Fahrlehrer bringt er seit 50 Jahren jungen Menschen das Auofahren bei. Für ihn ist die Frage, ob jemand Auto fahren kann, keine Frage des Alters. Es gebe Achtzigjährige, die fit seien wie Vierzigjährige. Ältere, so Glowalla, würden häufig sicherer fahren als Jüngere. „Senioren haben Spaß an der Gemütlichkeit. Sie fahren umsichtig, defensiv und gelassen.“ 2014 waren Senioren ab einem Alter von 65 Jahren lediglich an 12,6 Prozent aller Verkehrsunfälle mit Personenschaden beteiligt. Im Vergleich hierzu war jeder fünfte Unfallbeteiligte (21,2 Prozent) nach Angaben des Statistischen Bundesamts 25 Jahre alt oder jünger.

Viele Ältere meiden Nachtfahrten und Stoßzeiten. Sie umgehen dicht befahrene Straßen und lassen ihr Auto bei Regen und Schnee stehen. Was im Alter stark nachlässt, ist vor allem die Sehfähigkeit. Fahrer merken laut Glowalla kaum, dass sie dicht auffahren, weil sie Entfernungen schlechter einschätzen können. Viele wissen auch nicht, dass sie Geschwindigkeitsbegrenzungen oder andere Verkehrszeichen missachten, weil sie Schilder und Tafeln schwer erkennen können. Das Hörvermögen lässt ebenfalls nach.

Bemerkenswert sind die Ergebnisse einer Studie des Leibniz-Instituts für Arbeitsforschung an der Technischen Universität Dortmund: Die Fahrkompetenz von Autofahrern, die mindestens 70 Jahre alt sind und ein Fahrtraining absolviert haben, entspreche den Fähigkeiten von Autofahrern zwischen dem 40. Und 50. Lebensjahr.

Erfahrung ist Zukunft
Newsletter 4/2016

Mit Italien und Japan an der Spitze

Während weltweit knapp acht Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter sind, liegt dieser Anteil in Deutschland und Italien bereits bei 21 Prozent. Japan weist mit 25 Prozent den weltweit höchsten Anteil an Menschen im Alter 65plus aus.
Die zusammengefasste Geburtenziffer liefert dabei einen wichtigen Grund für diesen Trend: In allen drei Ländern liegt sie mit 1,4 deutlich unter dem so genannten Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern und weit unter dem globalen Durchschnitt von 2,5 Kindern je Frau. ■

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktionsanschrift:
Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Mai 2017; Redaktionsschluss für Nr. 3/2017: 15. August 2017

Seit 130 Jahren aktuell:

Wi Börgers sünd beduernswiert

Wi Börgers sünd beduernswiert,
wat salln wi dorbi maken?
Dei niege Welt is ganz verkiehrt,
dei lat't juch suer kaken.
Ach, gaht mi mit den niegen Kram,
von den ji so väl prahlen:
Wi Börgers hewwn dei Last dorvon
un möten allens betahlen.

Wat dau ick mit den Majestrat,
wat dau'ck mit dei Regierung?'
Wi Börgers weiten sülwst uns Rat
un bruken kein Beliehrung.
Wat dau ick mit dat Perlement?
Wat dau ick mit dei Wahlen?
Wi Börgers hewwn dei Last dorvon
un möten allens betahlen.

Wat sall woll so'n Gymnasium,
wat sall woll dat Studieren?
Uns' Jungs, dei bliewen liekers dumm
un willn kein Handwark lieren.
Awkaten, dücht mi, giwwt dat naug,
dei sall dei Düwel halen!
Wi Börgers hewwn dei Last dorvon
un möten allens betahlen.

Dei jungen Lüd von hüt tau Dag
willn sick blots amüsieren.
In't Gasthus supen s' Lag up Lag,
nahst krupen s' bi dei Dirnen,
un kümmt de Adebor in Sicht,
drückt sick so'n Kierl verstahlen.
Wi Börgers hewwn dei Last dorvon
un möten allens betahlen.

Dei Wiewer möten hüt sick gor
dei roden Backen witten.
Sei drägen falsche Tähn un Hoor,
womaeglich falsche T.....
Sei hewwen sick den Nors bepackt,
sei klimpern, singen, malen.
Wi Börgers hewwn dei Last dorvon
un möten allens betahlen.

Doch dit's noch allens Kinnerspäl,
dat Schlimmst' sünd dei Suldaten.
Nee, wat tau väl is, is tau väl,
dat willn w' man gaud sien laten:
Dei Masse Büchsen, Röck un Knöp,
dei Masse Stäwelsahlen!
Wi Börgers hewwn dei Last dorvon
un möten allens betahlen!

Diss Leed hett mennigein 1887 in Malchin sungen nah dei Melodie „O Tannenbaum"
Ut „Dat du mien Leewsten büst", Hinstorff-Verlag Rostock 1988/1998

Ambulanter Lewitz Pflegedienst - Hilfe in besonderen Lebenslagen

In der schönen Lewitz und im Schweriner Stadtgebiet arbeiten wir mit Menschen in besonderen Lebenssituationen in verschiedensten spezialisierten Pflege-Wohngemeinschaften oder betreuen sie rund um die Uhr in ihrem Zuhause.

• AMBULANTE PFLEGE
Unser ambulantes motiviertes Pflegeteam besucht Sie in der gesamten Lewitz sowie im Schweriner Stadtgebiet. Auch Hauswirtschaft und hausmeisterliche Tätigkeiten wie Gartenarbeit oder Reparaturen können von uns erledigt werden.

• TAGESPFLEGE
Wir begrüßen Sie täglich in unserer modernen freundlichen Tagesstätte in Banzkow, um gemeinsam den Tag mit Bewegung, Gemeinschaft und Freude zu verbringen. Wir kochen und singen zusammen und unternehmen kleine Ausflüge. Wir holen Sie zuhause ab; gern können Sie auch nur an ausgewählten Tagen zu uns kommen.

Vereinbaren Sie doch einen Probetag!

• INTENSIVPFLEGE
Professionelle und liebevolle Pflege in ihrem Zuhause oder in unserer Intensiv-Wohngemeinschaft “Mut zum Glücklichsein“ in Banzkow bieten wir schwer erkrankten Menschen, insbesondere Beatmungspatienten.

• BETREUTES WOHNEN IM LEWITZ CLUB
In unseren ebenerdigen 1-bis 3-Raum-Appartements mit Garten oder Terrasse, Parkplatz und herrlichem Blick in die Lewitz wohnt man mitten in Banzkow. Regelmäßige Veranstaltungen und Ausflüge lassen keine Langeweile aufkommen.

• DEMENZ-WOHNGEMEINSCHAFT
In unserer Wohngemeinschaft Vergiss-mein-nicht in Banzkow wohnen Demenzkranke in modernen Appartements mit eigenem Bad und liebevoller Betreuung, verglastem Ganzjahresrundweg und großem Garten.

Ambulanter Lewitz Pflegedienst
Birgit Rütz GmbH
Störstraße 2 • 19086 Plate
Tel. 03861/ 30 39 00

BERATUNGSBÜRO IM GUSANUM
Wismarsche Straße 132 • 19053 Schwerin
im Gusanum Schwerin, Erdgeschoss

www.lewitz-pflegedienst.de

AMBULANTER LEWITZ
PFLEGEDIENST

Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.
Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.

Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 11
Pflegeleitung: Britta Schermer, Tel.: 0385 / 20 10 10 52

www.wohnpark-zippendorf.de